Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die sechsmal gespaltene Kolonelzeile 30 Pf., für Familienanzeigen 10 Pf., Reklamezeile [illegible] Anzeigenannahme: „Das Inserat“ [illegible] Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 27 653, Postscheck Dresden 30 313. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 290. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 M. [illegible] Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Inhalt: Otto Göbel, Dresden; [illegible] Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17290, Postscheck Dresden [illegible]

8. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 6. Dezember 1932 — Nummer 278

Ernst Thälmann ruft zum Massenkampf gegen die Schleicher-Diktatur

Kampfappell des Führers der Kommunistischen Partei an die gesamte deutsche Arbeiterklasse

Hamburg, den 4. Dezember 1932 (Eig. Drahtbericht)

Der Führer der KPD, Genosse Ernst Thälmann, schleuderte auf dem am Sonntag stattgefundenen Bezirksparteitag der KPD der Wasserkante, von stürmischen Beifallsrufen umbraust, der neuen Diktaturregierung des Schleicher-Kabinetts den flammenden Kampfruf der Kommunisten entgegen. Er gab eine gründliche Analyse des neu konstituierten Diktaturkabinetts und rief die gesamte Partei sowie die gesamte deutsche Arbeiterklasse und ihre werktätigen Verbündeten auf zur Massenoffensive gegen die Politik der verschärften kapitalistischen Diktatur.

Keine Minute Stillstand! Wir greifen an! Wir allein stehen in unversöhnlicher Todfeindschaft zur neuen verschärften Diktatur. Wir rufen auf zu Kampfaktionen in der fest geschmiedeten revolutionären Einheitsfront aller Unterdrückten gegen die faschistischen Machthaber.

Genosse Thälmann führte unter anderem aus:

Aller Voraussicht nach wird es uns die Bourgeoisie nicht gestatten, von der Tribüne des Reichstages herab der deutschen Arbeiterschaft die Linie des Klassenkampfes gegen Schleichers Diktaturregierung und gegen ihre Helfershelfer aufzuzeigen. In leidenschaftlicher, unversöhnlicher Feindschaft gegen die faschistischen Volksbedrücker müssen daher die Kommunisten in allen deutschen Städten und Dörfern, in den Betrieben und an den Stempelstellen unseren revolutionären Kampfruf unter die Massen tragen!

Die Demission des Papenkabinetts geschah bereits auf Druck der radikalisierten Massen und auf Grund der durch den verschärften Klassenkampf erzeugten zunehmenden Widersprüche im Lager der Bourgeoisie. Die proletarische Klassenkraft stürzte die Papenregierung! Unsere Massenoffensive verhinderte den Versuch des Papenkabinetts, eine Kluft zwischen den Arbeitslosen und den Betriebsarbeitern zu schaffen! Die Welle der revolutionären Streiks und der sonstigen außerparlamentarischen Massenaktionen verhinderte die Realisierung des Papenschen Wirtschaftsprogramms, und zwar in der Hauptsache durch die in den wichtigsten Großbetrieben zurückgeschlagenen Lohnabbauangriffe des Unternehmertums. Das waren bereits äußerst bedeutsame Erfolge der revolutionären Kampffront. (Bravorufe.)

Schleicher-Kabinett heißt: Verschärfung der faschistischen Diktatur

Mit der Konstituierung des Schleicherkabinetts treten wir in ein neues verschärftes Stadium der faschistischen Diktatur ein.

Die Hugenbergpartei, die Einpeitscherin des faschistischen Kurses in Deutschland, erhält einen stärkeren Einfluß, die Bestrebungen zur Kanalisierung und Einregierung der nationalsozialistischen Kräfte bei der Durchführung der Diktatur des Finanzkapitals werden verstärkt.

Wir rufen angesichts des einheitlichen demagogischen Geredes der arbeiterfeindlichen Front von den Nazis bis zur Sozialdemokratie, die von einem „Kabinett des sozialen Ausgleichs“ schwätzen, die Millionen Massen in Deutschland zur allerhöchsten Wachsamkeit, zur höchsten Kampfbereitschaft und zur revolutionären Offensive auf! Jede Unterschätzung der jetzigen Entwicklung hätte für unsere gesamte Politik und hätte für die Massen des Proletariats und der werktätigen Schichten die weitgehendste nachteilige Bedeutung.

Papens Politik war belastet mit der Lohnabbaunotverordnung, mit dem mißglückten Wirtschaftsprogramm, mit seinen Kontingentierungsmaßnahmen, mit dem Fehlschlag der „Ankurbelungs“versuche und mit der unter seiner Herrschaft neu einsetzenden Teuerungsbewegung usw. — Die Bourgeoisie will dem werktätigen Volke vortäuschen, als sei das Schleicherkabinett mit diesen Tatsachen nicht belastet. Durch andere Methoden, mit einem anderen Aushängeschild, nach Vornahme einer bestimmten Umgruppierung seiner verschiedenen Kräfte gedenkt heute die Bourgeoisie die gleichen Forderungen und Wünsche des Unternehmers und das Programm des Finanzkapitals durchzuführen.

Ein wichtiger Faktor für die Beurteilung des neu konstituierten Schleicherkabinetts ist die Tatsache, daß sich in den Händen Schleichers die Funktion des Reichskanzlers und des Reichswehrministeriums vereinigt. Das spezifische Gewicht des Reichswehrflügels wurde innerhalb der die faschistische Regierungsgewalt ausübenden Regierungsmacht verstärkt. Diese Maßnahme stellt den Versuch dar, die militärischen und reaktionären Kreise stärker in dem Regierungsapparat zur Geltung zu bringen.

Die Vereinigung beider Funktionen, der Kanzlerschaft und des Reichswehrministers soll im Interesse verschärfter Klassenangriffe der Bourgeoisie die faschistische Schlagkraft des Staates erhöhen.

Klipp und klar hat bereits in verschiedenen Aeußerungen Herr Schleicher in den letzten Wochen und Monaten ausgedrückt, man müsse erreichen, daß durch bestimmte Sicherungen die in den kommenden Monaten zu erwartenden Angriffe der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen zurückgeschlagen würden.

Die Schwerindustrie für Schleicher!

Eine weitere Tatsache ist für die Einschätzung der neuen Regierung von größter Bedeutung. Neben dem Militärflügel hat der großindustrielle Flügel innerhalb der Schleicherregierung sein Schwergewicht verstärkt. Bei dieser Verschiebung besaß der großagrarische Flügel eine bestimmte Hegemonie. Der Industrieflügel besitzt nun neben dem Reichswehrflügel eine bestimmte vorherrschende Stellung. Es ist von großer Bedeutung, daß der Großindustrielle Krupp und der gesamte Reichsverband der deutschen Industrie, dessen Vorsitzender der Konzernkönig Krupp ist, bereits seit einiger Zeit Verhandlungen mit Hindenburg und den Nazis führte, um die Bildung eines Schleicherkabinetts.

Hauptsächlich die Schwerindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebiets verstärkt durch die vorgenommene Umgruppierung ihren Einfluß auf die Reichsregierung.

Das ist sowohl für den Umfang und die Methoden der neuen Kapitalsoffensive gegen die Lebensinteressen des Proletariats als auch für die neu zu erwartenden Subventionierungsmaßnahmen von großer Bedeutung. Die Uebertragung des Reichsinnenministeriums und der Funktion des preußischen Ministerpräsidenten an Herrn Bracht, der durch die Staatsaktion vom 20. Juli als Kommissar in Preußen eingesetzt wurde, drückt weiterhin eine wesentlich stärkere Einflußnahme der mit Bracht die engsten Beziehungen unterhaltenden Eisen- und Bergbauindustrie Westdeutschlands aus.

Schleichers außenpolitisches Programm

Auch außenpolitische Gründe sind zweifellos bei der Verstärkung des Schwergewichts des Industrieflügels maßgebend gewesen: Denn angesichts der von den Großagrariern inspirierten Zoll- und Kontingentierungspolitik des Papenkabinetts, angesichts des rückläufigen Exports und der Handelsumsätze, ferner durch die mißlungenen deutschen Aufrüstungsvorstöße, angesichts der hauptsächlich durch diese Faktoren geschaffenen außenpolitischen Isolierung Deutschlands, soll die Schwerindustrie, die u. a. über den Weg der internationalen Kapitalsgemeinschaft über enge Beziehungen, besonders zum französischen Finanzkapital verfügt, besondere Versuche in die Wege leiten, die außenpolitische Isolierung Deutschlands zu überwinden.

Durch die Bildung der Schleicherregierung wird ferner hin der Versuch einer gewissen Einigung zwischen verschiedenen Gruppierungen der deutschen Industrie, und zwar zwischen dem sogenannten „fortschrittlichen modernen“ Teil der Industrie, der seinen Exponenten besonders in Otto Wolf hat, mit der traditionell großindustriellen, weitaus stärkeren Gruppierung unter Führung Krupps unternommen. Während die letztere Gruppierung über engere Beziehungen mit dem feudal-konservativen Flügel der Großagrarier verfügt, hat die erstere Gruppierung um Otto Wolf besonders enge Beziehungen zur Wehrmacht. („Tatkreis“.)

Die Bildung des Schleicherkabinetts stellt also einen Versuch dar, auch die verschiedensten Gruppierungen der Industrie in eine engere Verbindung mit dem Militärflügel zu bringen, bei gewisser Zurückdrängung der bisher ausschlaggebenden Position der Großagrarier.

Platzhalter für ein Hitler-Kabinett

Wir können heute bereits sagen, daß auf Grund der durch die Klassenverschärfungen, durch die wachsenden Widersprüche im Lager der Bourgeoisie, vor allem infolge des stärker werdenden proletarischen Angriffs mit einer nur kurzfristigen Dauer des Schleicherkabinetts zu rechnen ist. — Wir müssen das Schleicherkabinett als ein Uebergangskabinett, als ein Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung ansehen. Das jetzige Diktaturkabinett unternimmt den Versuch einer stärkeren Heranziehung der auf dem Boden der kapitalistischen Diktatur stehenden bürgerlichen Massenparteien.

Wir können heute schon sagen, daß nach der relativ langen Dauer der Regierungstätigkeit Brünings, nach

Fort mit der Schleicher-Diktatur!

Mißtrauensantrag der KPD-Fraktion gegen die Schleicher-Bracht-Regierung. Anträge für Hungernde. Arbeitermassen, vorwärts im außerparlamentarischen Massenkampf!

Berlin, 6. Dez. (Eig. Drahtb.)

Heute nachmittag, 15 Uhr, tritt der neugewählte Reichstag zum erstenmal zusammen. So wie außerhalb des Parlaments, diktiert auch im Reichstag die KPD das Gesetz des Handelns. Sie hat einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung Schleicher—Bracht eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

> Der Reichstag wolle beschließen:
> Der Reichstag entzieht der Reichsregierung von Schleicher-Bracht das Vertrauen.
> Berlin, den 6. Dezember 1932.
> Torgler und Genossen.

Die Kommunisten fordern weiter die sofortige Aufhebung der Notverordnung zur Bildung von Sondergerichten und der Sondergerichtsurteile, sowie die Aufhebung der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen und die Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpfer-Bundes und der proletarischen Freidenker-Organisation.

Weiter erheben die Kommunisten in ihrem ersten Antrag die Forderung auf sofortige Außerverfolgungsetzung und Nichtvollstreckung der verhängten Urteile anläßlich des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks.

Eine ganze Serie von Anträgen richtet sich gegen die unerhörten Verordnungen, durch die den Erwerbslosen ihre Unterstützungen Zug um Zug gekürzt wurden und enthält die bringendsten Forderungen für alle Erwerbslosen, die wir an anderer Stelle im Wortlaut veröffentlichen. Die Kommunisten fordern ferner die sofortige Aufhebung der Lohnabbaunotverordnungen, sowie die Einstellung [illegible] Zahlungen an die Junker, Fürsten und Standesherren, sowie die Aufhebung der Subventionen an Banken, Großgrundbesitz und Industrie. Die Höchstgehaltsgrenze soll in Zukunft 7200 Mark betragen.

Ein weiterer kommunistischer Gesetzentwurf verlangt die sofortige Außerkraftsetzung des Versailler Vertrages, die Nichtdurchführung des Lausanner Tributpaktes und die Einstellung aller Zahlungen aus dem Young- und Dawesplan.

Von der SPD bis zu den Nazis besteht bei allen Parteien, wie die bürgerliche Presse meldet, die Absicht, heute lediglich die Konstituierung des Reichstages vorzunehmen und dann den Reichstag bis 12. Januar 1933 zu vertagen.

Heute findet eine [illegible] statt, in der [illegible] mitteilen will, daß es [illegible] Vertagung des Reichstages ohne vorangegangene Regierungserklärung bis 12. Januar [illegible]

Die kommunistische Fraktion wird sich diesen [illegible] in schärfster Weise widersetzen und die sofortige [illegible] des kommunistischen Mißtrauensantrages verlangen.

Der diesmalige Zellentag

steht im Zeichen der Stellungnahme zum Bezirksparteitag und seinen Beschlüssen, die mit der Arbeit der Zelle in Einklang gebracht werden müssen. Es heißt es denn: Unser diesmaliger Zellentag, an welchem das letzte Parteimitglied erfaßt werden muß, [illegible] der Ausgangspunkt der Verwirklichung der Parteitagsbeschlüsse werden.

der Massen Regierungsfähigkeit Papens, die Regierungsfähigkeit des jetzigen Schleicherkabinetts von noch viel kürzerer Dauer sein wird. Angesichts des Klassendrucks des Proletariats werden bei der Zuspitzung der Krise und bei der revolutionären Zuspitzung überhaupt die Zwischenräume zwischen den einzelnen faschistischen Diktaturkabinetten immer geringer.

Die Rolle Hindenburgs

Bei der vorgenommenen Regierungsbildung trat bereits die Rolle Hindenburgs viel schärfer in Erscheinung als bei früheren Anlässen. Aehnlich wie bei der polnischen faschistischen Diktatur — ohne in allen Punkten die deutsche mit der polnischen faschistischen Diktatur gleichzustellen — kommt die starke Konzentration der faschistischen Kräfte in der übergeordneten Diktaturgewalt eines Marschalls zum Ausdruck.

So wie in Polen der Diktator Pilsudski durch die Unterstützung der PPS, der polnischen Sozialdemokratischen Partei, ans Ruder kam, so ist

Hindenburg auf den Schultern der deutschen Sozialdemokratie als der stärkste Exponent der faschistischen Konzentration in Deutschland zur Macht gelangt.

Typisch für Hindenburgs Stellung ist seine Aeußerung in der letzten Verhandlung mit Hitler, in der er sagte: „Für Hitler stände zu jeder Zeit und Stunde bei ihm wieder die Türe offen." Zu gegebener Zeit will also die Bourgeoisie auch diese Karte ausspielen und unter Umständen eine offene Hitlerregierung einsetzen. Das ist eine Frage, die sich nicht nur aus der Lagerung der Kräfteverhältnisse in den Spitzen der Bourgeoisie ergibt, sondern das ist eine Frage, die vor allem durch die Angriffskraft des Proletariats und der werktätigen Schichten, durch unser Vermögen, die Voraussetzungen zur revolutionären Krise zu steigern, entscheidet.

Die neue Etappe der Faschisierung der SPD

Eine wichtige Tatsache ist die zum Teil veränderte Stellungnahme der Massenparteien der Bourgeoisie gegenüber dem Schleicherkabinett. Daraus ergeben sich wichtige Faktoren der verstärkten Faschisierung. — Durch die Schleicherdiktatur werden die Querverbindungen zu den Nationalsozialisten und zu den ADGB- und Reichsbannerspitzen enger gestaltet. Trotz der demagogischen und scheinoppositionellen Stellung der NSDAP vollzieht sich eine stärkere Annäherung dieser Partei an das kapitalistische Diktaturkabinett.

Von besonderer Wichtigkeit für das Proletariat ist die deutlich erkennbare Annäherung der Sozialdemokratie zur Schleicherdiktatur, eine Tatsache, die zu einer neuen Etappe der Faschisierung der SPD und ihrer Politik führt.

Der Vorwärts vom letzten Dienstag ließ deutlich erkennen, daß die Verhandlungen Leiparts und Eggerts mit Schleicher zu einem Resultat in der Linie führten, dem Schleicherkabinett keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten, sondern ihm sogar noch positive Vorschläge für die Durchführung seiner finanzkapitalistischen Diktatur zu unterbreiten.

Die Vorschläge auf Verwendung der 500-Millionen-Summe aus dem Fonds der nicht verausgabten „Neueinstellungs-Prämien" für eine durch inflationistische Maßnahme zu finanzierende angebliche Arbeitsbeschaffung, ferner die Vorschläge auf Einführung der Vierzig-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zeigen deutlich

die positiven Rettungsvorschläge und die Lohnabbauvorschläge der SPD im Interesse des Kapitalismus.

Der ADGB und das Reichsbanner, zwei entscheidende Teile aus der Front des Sozialfaschismus, beziehen also die Linie einer engen Zusammenarbeit mit der Schleicherdiktatur.

Deutlich erkennbar ist also gerade an diesem Falle die Rolle der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ist der Prozeß des stärkeren Hineinwachsens der sozialfaschistischen Bürokratie in die Front des Faschismus. Die verschiedentlichen zustimmenden Aeußerungen des Naziführers Straßer zur Entwicklung der ADGB-Politik und der eingeschlagene Kurs des ADGB selbst zeigen also die gemeinsamen Bestrebungen der faschistischen und sozialfaschistischen Führerschaft, die Gewerkschaften nicht zu zerschlagen, sondern dieselben für die Durchführung der faschistischen Diktatur einzuspannen.

Die Tatsache der Teilnahme der Höltermann-Gebhardt-Leute im Reichsbanner am faschistischen Hindenburgkuratorium und der entstandene Konflikt zwischen Reichsbannerführung und SPD-Vorstand zeigen einerseits ein Manöver des Sozialfaschismus, andererseits sehr deutlich die fortschreitende Tendenz der Faschisierung der reformistischen Spitzen.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits zur Zeit der Papendiktatur 50 SPD-Abgeordnete bereit waren, die Papendiktatur zu tolerieren.

Verstärkte soziale Phrasen

Angesichts des Versuchs, der faschistischen Diktaturpolitik eine gewisse Massenbasis zu verschaffen, wird zweifellos die soziale Phrase in der kommenden Diktaturperiode eine viel größere Rolle spielen, als beim Papenkabinett. Die Bourgeoisie will die heftig und aufs neue ausbrechenden Klassenauseinandersetzungen, will die Angriffe des Proletariats bei stärkerer Betonung der sozialen Phrase bei der Durchführung der faschistischen Diktaturpolitik mit Hilfe des ADGB und der SPD verhindern, abschwächen und niederschlagen.

Unter Umständen ist mit Scheinkonzessionen des Schleicherkabinetts, ist mit sozialen Betrugsmanövern der Bourgeoisie zu rechnen. Die SPD macht bereits diese Manöver, indem sie vor der Arbeiteröffentlichkeit erklärt, die Streichung der durch die Notverordnung vom 15. September diktierten sozialen Belastungen zu fördern. Wenn wir uns fragen, warum der 700-Millionen-Fonds der Lohneinstellungsprämien nur durch eine Summe von 200 Millionen ausgeschöpft und die restliche Summe von 500 Millionen nicht verwandt wurde, dann müssen wir antworten: Das Unternehmertum war einfach nicht in der Lage, neue Arbeiter einzustellen, weil für die Mehrproduktion einfach keine Absatzgebiete vorhanden sind und weil der Massenwiderstand des Proletariats in vielen Fällen die Lohnabbauangriffe zunichte machte. Wenn sich also die Sozialdemokratie einmal als Vorkämpfer für die Streichung der sozialen Belastungen aufspielt, dann müssen wir sagen, daß die proletarischen Massen es waren, die durch ihre Kampfaktionen längst die Durchführung der Papenschen Wirtschaftspolitik verhinderten. Der elende Schwindel der SPD ist also vor dem gesamten Proletariat schonungslos zu entlarven.

Im Ruhrgebiet beginnen die Scharfmacher bereits mit der Ankündigung eines umfassenden Lohnraubs auf zehn größeren Schachtanlagen. Das ist ein Alarm für ganz Deutschland! Wir Kommunisten rufen auf der ganzen Linie zur sofortigen schärfsten Offensive des Proletariats und aller werktätigen Schichten gegen die neuen Hungermaßnahmen der Bourgeoisie auf.

Rote Einheitsfrontaktion muß Schleicherdiktatur zu Fall bringen

Jede Unterschätzung der Schleicherdiktatur bedeutet heute eine sehr große Gefahr! Wir dulden keine Stimmungen des „Sichabfindens" mit der Verschärfung der faschistischen Diktatur. Wir entlarven das Gerede der Sozialdemokratie, als sei eine „Entspannung" des Klassenkampfes eingetreten! Wir wenden uns an die breiten Massen der SPD-Mitglieder und der Gewerkschaftsanhänger und appellieren an sie, mit uns Kommunisten in brüderlicher Kampffront den Kampf zu führen gegen die faschistische Diktaturregierung.

Vollzieht sich heute eine Annäherung zwischen den Reichsbanner- und ADGB-Spitzen einerseits und den Nazispitzen über die Vermittlung des Zentrums und des Schleicherkabinetts andererseits, so rufen wir den Reichsbannerkameraden, den Gewerkschaftskollegen zu:

Wir müssen uns unten in den Betrieben und an den Stempelstellen verbrüdern!

Es gilt unmittelbar, neue Streik- und Kampfaktionen einzuleiten! Wir müssen gegen Ueberrumpelungsmanöver und sensationell überraschende Angriffsmaßnahmen gewappnet sein. Die Entfaltung, die weitere Tätigkeit und der Ausbau sowie die Festigung der Schleicherdiktatur hängt in erster Linie und fast ausschließlich ab von der Klassenkraft des Proletariats! Je stärker der Klassendruck von unten wird, um so stärker werden die Differenzen im Lager der bürgerlichen Massenparteien, wird der Zwiespalt zwischen Führung und Masse im Lager der Bourgeoisie, um so heftiger werden sich auch die Zerwürfnisse in den Spitzen der Bourgeoisie und wird sich die Steigerung der Widersprüche und Gegensätze im Lager unserer Klassengegner vollziehen.

Wir Kommunisten, an der Spitze der Kampfbataillone zur Rettung vor Hunger und Frost, an der Spitze im Kampf gegen den Lohnraub, gegen Versailler Knechtschaft und imperialistische Kriegspolitik, wir Kommunisten sind ein Faktor von gewaltiger Kraft und Macht.

Wir müssen unsere 6-Millionen-Armee, die sich bei der letzten Wahl für den revolutionären Ausweg aus der Krise entschied, aktionsfähig und kampfbereit machen. Darüber hinaus rufen wir das gesamte deutsche Proletariat und alle Werktätigen zum Millionenangriff auf. Wir erlauben der Bourgeoisie und ihren sozialfaschistischen und faschistischen Helfershelfern nicht, das 21 Millionen starke deutsche Industrieproletariat und die werktätigen Schichten in die Zwangsjacke der offenen faschistischen Diktatur zu zwingen.

Ueber Teil- und Massenkämpfe vorwärts im Kampf um Lohn und Brot! Vorwärts für die Freiheit, für den Sozialismus.

Appell des 3. Bezirksparteitages

Zur Rettung Bartls

Breitester Massenkampf gegen das Chemnitzer Todesurteil, gegen den Terror der Klassenjustiz, für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Der 3. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei, Bezirk Sachsen, appelliert an die gesamte Parteimitgliedschaft, an alle Arbeiter und Werktätigen Sachsens, keinen Augenblick im Kampf gegen das ungeheuerliche Todesurteil gegen den Chemnitzer Arbeiter Bartl zu erlahmen.

Steigert die Protestwelle in allen Städten und Dörfern, in den Betrieben und an den Stempelstellen zu einer gewaltigen Massenaktion. Das Todesurteil gegen den Arbeiter Bartl muß unter dem außerparlamentarischen Druck der Arbeiterschaft aufgehoben werden.

Angesichts dieses Terrorurteils des Chemnitzer Klassengerichtes wird der Charakter der Klassenjustiz, der täglich wachsende Terror, ausgeübt von den faschistischen Richtern, blitzartig beleuchtet.

351 Funktionäre und Genossen der sächsischen Parteiorganisation, darüber hinaus Hunderte von klassenbewußten Arbeitern sind von der sächsischen Klassenjustiz hinter die Gefängnis- und Zuchthausmauern gesetzt worden. Der Parteitag ruft die gesamte Arbeiterschaft auf, mit der Roten Hilfe alle Kräfte zu mobilisieren für den Kampf um die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Leipzig, den 4. Dezember 1932.

3. sächsischer Bezirksparteitag der KPD.

Oberlausitzer SPD-Organ jubelt:

„Es hätte mit besonderen Dingen zugehen müssen, wenn Schleicher nicht zum Ziel gekommen wäre ..."

Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht heute einen mit linken Phrasen gespickten Aufruf des SPD-Parteivorstandes, in welchem der Regierung Schleicher „schärfste Opposition" angekündigt wird. Dieses Oppositionsgeschrei gehört aber gerade darum mit zur eigentlichen Unterstützung der Schleicherdiktatur, weil die besondere Hilfestellung der Sozialdemokratie für die Schleicher-Bracht-Regierung in der Beschwichtigung der Arbeitermassen und ihrer Abhaltung von tatsächlichen Kampfmaßnahmen gegen sie besteht.

In der Tat verteidigt die Sozialdemokratie die Schleicherregierung gegen die ansteigende Millionenbewegung der Einheitsfrontaktion mit Händen und Zähnen. Die SPD-Presse schindet schon seit längerer Zeit unverhohlene Reklame für das Schleicherregiment. Den Gipfel in der direkten Anhimmelung der Schleicherregierung erklomm wohl aber

die „Volkszeitung für die Oberlausitz" vom Sonnabend, dem 3. Dezember

Dieses SPD-Organ stellte geradezu im Tonfall der Genugtuung fest:

„Es hätte aber auch tatsächlich mit besonderen Dingen zugehen müssen, wenn Herr von Schleicher nicht am Schluß doch zum Ziele, das er sich selbst gesteckt hatte, gekommen wäre."

Auch die Dresdner Volkszeitung setzt ihre Bemühungen, den sozialdemokratischen Arbeitern die Schleicherregierung schmackhaft zu machen, fort und nennt die Ernennung des Reichsarbeitsministers Dr. Syrup „eine Konzession an die Arbeiterschaft". (!!)

An anderer Stelle wird in einem Artikel „Schleicher, ein Charakterbild", auf den wir noch besonders zurückkommen, die für die SPD-Arbeiter besonders lehrreiche Feststellung gemacht: „Der kleine Major aus der königlichen Armee hat in der Republik eine fabelhafte Karriere gemacht."

In diesem Artikel macht die Dresdner Volkszeitung den SPD-Arbeitern sogar, „daß er (Schleicher) es war, der zum Streich des 20. Juli den bewaffneten Arm lieh".

Aber nicht nur er, sondern auch die Sozialdemokratie und deren Führer vom Schlage Severings haben der Bourgeoisie damals zu ihrem faschistischen Staatsstreich den „Arm geliehen" und sie leihen ihn heute der von Schleicher angeführten Diktaturregierung! Am allerdeutlichsten kommt das schließlich in einer direkten

Verherrlichung der Schleicher-Diktatur durch Leipart

zum Ausdruck. Diese geht aus einem Interview Leiparts an den Berliner Vertreter der Pariser Zeitung Excelsior hervor und kennzeichnet zugleich den lächerlichen „Oppositions"-heuchelnden Aufruf des SPD-Parteivorstandes, den auch die Dresdner Volkszeitung heute veröffentlichen wird.

Der Berliner Korrespondent des Excelsior gibt eine Unterredung mit dem Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften, Leipart, wieder, der ausführt, daß man in Gewerkschaftskreisen dem neuen Kanzler seine Vergangenheit nicht zum Vorwurf mache. Die soziale Frage stände im Vordergrund seiner Besorgnisse, und das Ziel seines Versuches sei, eine Entspannung in Gewerkschaftskreisen herbeizuführen, damit das neue Kabinett in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter gehemmt werde. General von Schleicher sei übrigens nicht der Mann, als den man ihn sich vorzustellen scheine. Gewiß habe er Reden gehalten, die die öffentliche Meinung in Frankreich erregt hätten; aber er habe durch die Forderung nach Gleichberechtigung nur die Auffassung aller Deutschen zum Ausdruck gebracht.

Diese Ausführungen des sozialdemokratischen Bundesvorsitzenden des ADGB sind eine solch offene Verherrlichung des Generals von Schleicher und seiner Regierung, daß auch der letzte freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter erkennen muß:

Die Leipart, Graßmann und Co., das sind die festesten sozialen Stützen der Bourgeoisie und ihrer faschistischen Diktatur.

Unsere Münchner Parteizeitung verboten

München, 6. Dezember 1932. (Eig. Drahtbericht).

Heute früh erschien die Polizei in der Redaktion der kommunistischen „Neuen Zeitung" und teilte mit, daß die Zeitung bis 15. Dezember einschließlich verboten ist.

Gestern sprengten mehr als 100 karabinerbewaffnete Polizisten den Bezirksparteitag der KPD Bayern — heute wird unsere Münchner Parteizeitung verboten. Diese Verfolgungs- und Terrormaßnahmen kennzeichnen die Verschärfung der faschistischen Diktatur durch die Schleicherregierung. Die gesamte Arbeiterschaft muß auf Kampfposten stehen und ihre kommunistische Partei und Presse mit allen Mitteln verteidigen. Schlagt Alarm in allen Betrieben, an allen Stempelstellen! Organisiert Massenproteste!

Her mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

Antrag der KPD-Reichstagsfraktion für alle Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen

Unsere Reichstagsfraktion hat folgenden

Antrag

eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Zur Linderung der katastrophalen Notlage, in der sich infolge der anhaltenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft die Erwerbslosen und andere Sozialhilfsbedürftige befinden, werden unverzüglich folgende dringlichsten Hilfsmaßnahmen durchgeführt:

1. Jeder Erwerbslose und Sozialhilfsbedürftige erhält jede Woche ein Brot extra und gratis als Zusatzunterstützung;
2. jedem Haushalt von Erwerbslosen und Sozialhilfsbedürftigen werden sofort 3 Zentner Kartoffeln angeliefert oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung zur Verfügung gestellt;
3. jedem Haushalt von Erwerbslosen und Sozialhilfsbedürftigen werden sofort mindestens 10 Zentner Kohlen angeliefert oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung zur Verfügung gestellt;
4. die Wohlfahrtsämter werden verpflichtet, auf Anforderung der Erwerbslosenausschüsse für große Familien oder dringende Notfälle entsprechende Milchlieferungen oder Nachlieferungen als weitere Zusatzunterstützung zu geben;
5. die Kontrolle der Durchführung dieser Maßnahmen wird den selbstgewählten Erwerbslosenausschüssen übertragen.

Torgler, Rädel und Genossen."

Brot, Kartoffeln, Kohlen — das ist das Notwendigste, was die Hungernden und Frierenden, die Erwerbslosen und all die anderen Hilfsbedürftigen, ihre Frauen und Kinder brauchen. Die Erfüllung dieser von der kommunistischen Reichstagsfraktion gestellten Forderungen ist eine Lebensfrage für alle Erwerbslosen, die im außerparlamentarischen Massenkampf ihre Bewilligung erzwingen müssen.

In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages stehen ähnliche Forderungen auf der Tagesordnung, für die der Massenkampf aller Erwerbslosen aufgenommen werden muß.

Faschistischer Feldzug gegen bulgarische Arbeiter

Der revolutionäre Aufschwung soll in Strömen von Arbeiterblut erstickt werden — Die KP. organisiert den Massenwiderstand

Entfaltet Protestbewegung gegen den faschistischen Terror in Bulgarien!

Je mehr sich die wirtschaftliche Krise verschärft und ausbreitet und je mehr die bulgarische Bourgeoisie alle Lasten dieser Krise auf den breiten Rücken der werktätigen Massen abzuwälzen versucht, desto schneller und tiefer geht die Radikalisierung der Arbeiter und Bauern Bulgariens vor sich. Alle Versuche der Bourgeoisie, die ungeheure wirtschaftliche Krise zu lindern und den Zusammenbruch der Staatsfinanzen zu verhindern, führen zu weiterer Belastung und Ausplünderung der werktätigen Massen, zur weiteren Vergrößerung des Elends und des Hungers der Massen, zum weiteren Ansteigen der Erbitterung und Radikalisierung der breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung Bulgariens.

Das erste Zeichen dieses revolutionären Aufschwungs ist die gewaltige Streikwelle, die durch das Land zieht. Alle diese Streiks, die unter Führung der revolutionären Gewerkschaften stehen und von denen die meisten einen ausgesprochenen Angriffscharakter haben, sind ein Schrecken für die bankrotte Bourgeoisie.

Das zweite dieser Zeichen der Revolutionierung der Massen ist der große Sieg der Kommunisten bei den Gemeindewahlen in Sofia sowie die neuen Erfolge der revolutionären Einheitsfront bei den Teilwahlen der Landgemeinderäte — und dies trotz blutigem Terror und Verfolgung seitens der Regierung. Die Weigerung der Regierung, der neugewählten Arbeiterstadtratsmehrheit die Kommune Sofia zu übergeben, rief eine große Protestaktion in allen Teilen des Landes hervor. Von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung hierbei sind die politischen Streiks, die zum ersten Male seit dem faschistischen Umsturz von 1923 so erfolgreich durchgeführt werden.

Das dritte der zahlreichen revolutionären Zeichen ist die große Antikriegskundgebung und der Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion.

Die Radikalisierung der Massen geht weiter und weiter, der revolutionäre Aufschwung steigt mächtig an.

Die „bolschewistische Gefahr" ist das tägliche Thema der bürgerlichen, sozialfaschistischen und agrarfaschistischen Zeitungen.

Gleichzeitig wird systematisch und offen ein blutiger Progrom gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Führer propagiert und vorbereitet.

Auf der Tagesordnung der Regierungsberatungen stehen konkret die Auflösung der Arbeiterpartei, der Unabhängigen Gewerkschaften und der anderen Massenorganisationen der Arbeiterschaft Bulgariens, die Annullierung der Mandate der Arbeiterabgeordneten und das Verbot der gesamten Arbeiterpresse.

Die KP. Bulgariens mobilisiert und organisiert die Massen zum Widerstand, zur entschlossenen Verteidigung der Massenorganisationen. Die werktätigen Massen erklären ihre Bereitschaft zum unbeugsamen Kampf, zu politischen Streiks, zur Weigerung der Zahlung von Steuern, Pacht und Zinsen, um ihre Massenorganisationen zu verteidigen.

Deshalb treiben die faschistischen Machthaber eine blutrünstige Hetze und bereiten den blutigen Progrom vor. Der Kongreß der Reserveoffiziere, eine der Hauptsturmtruppen der faschistischen Diktatur in Bulgarien, der Ende Oktober in Küstendil tagte und auf dem u. a. der Kriegsminister Kissow im Namen des Königs und der Sofioter Bischof Stephan im Namen der Kirche eine wüste Schimpfkanonade und Hetze gegen die Arbeiterbewegung und den Kommunismus trieben, verlangt von der Regierung nicht nur die Auflösung aller revolutionären Organisationen der Werktätigen Bulgariens, sondern auch die physische Vernichtung aller Staatsfeinde.

Es sei nochmals hervorgehoben: Es wird ein blutiger Progrom nach dem Vorbild von 1923 und 1925 zur physischen Vernichtung der Führer und der Funktionäre der Arbeiterbewegung vorbereitet.

Die Führer der Reserveoffiziere, der Reserveunteroffiziere, der Vereinigung „Rodna Zaschtita" (Heimatschutz), „Kubrat" u. a. haben angeordnet, daß alle Formationen zum Einsatz bei den bevorstehenden „wichtigen" Ereignissen bereit sein sollen. In Sofia sind mehrere Truppe mazedonisch-faschistischer Terroristen zusammengezogen, damit auch sie — wie immer bis jetzt — zur Niedermetzelung der Arbeiterschaft verwendet werden können.

Es muß Alarm geschlagen werden! Wir alarmieren die ganze Oeffentlichkeit der Werktätigen der Welt, der revolutionären Arbeiter und Bauern aller Länder! Die kämpfenden Werktätigen Bulgariens sind vor die ernste Gefahr eines Blutbades gestellt worden! Es ist revolutionäre Pflicht der internationalen Arbeiterschaft, ihre Klassensolidarität mit der bulgarischen kämpfenden Arbeiterschaft zu zeigen, indem sie einen Massenprotest zur Verhinderung des geplanten Pogroms gegen die revolutionären Organisationen der Arbeiter und Bauern Bulgariens und ihre Kader organisiert und durchführt.

Gewaltige Streikwelle in Spanien

Großer Streiksieg in Sevilla — Schwere Streik- und Hungerunruhen im ganzen Land

Madrid, 5. Dezember. Die Streikbewegung in Spanien nimmt unter Führung der Kommunistischen Partei eine immer größere Ausdehnung an. In mehreren Orten der Provinz Cordoba haben die Landarbeiter die Arbeit niedergelegt, da sie nicht imstande sind, von den geradezu entsetzlichen Hungerlöhnen ihr Leben zu fristen. Demonstrationen der Landarbeiter ziehen von Ort zu Ort und es kam mehrfach zu Stürmen auf die Sitze der Großgrundbesitzer.

In den Dörfern der Umgebung Sevillas sind zahlreiche blutige Zusammenstöße zwischen den Landarbeitern und der Zivilgarde der konterrevolutionären sozialdemokratisch-republikanischen Regierung Azana-Caballero zu verzeichnen. In der Stadt Sevilla kam es zu Hungerunruhen im Zusammenhang mit den Arbeitern des Bahnhofs Sevilla. Eine Reihe von Lebensmittelmagazinen wurde gestürmt und die Nahrungsmittel an die Bevölkerung verteilt. Auch in Cadiz wurden im Zusammenhang mit den Streiks die Lebensmittellager gestürmt, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, zu deren Unterstützung zwei Infanteriekompanien herangezogen wurden.

In der Provinz Saragossa hat sich der Streik der Zuckerrübenarbeiter auf das gesamte Gebiet ausgedehnt. Am Montag sind die Metallarbeiter in Valencia und die Belegschaften der Hochöfen in Oviedo (Asturien) in den Streik getreten. Schwere Streikunruhen werden ferner aus Felguera gemeldet.

Die Arbeiter des Bahnhofs Sevilla standen fast einen ganzen Monat im Streik um eine Erhöhung ihrer Löhne. Das der RGI. angeschlossene Gewerkschaftskartell von Sevilla organisierte zur Unterstützung dieses Streiks vor einigen Tagen einen 48stündigen Generalstreik. Dieser Generalstreik ist von den anarchistischen und sozialdemokratischen Führern verraten worden, wurde aber trotzdem von den Arbeitern mit nahezu völliger Geschlossenheit durchgeführt.

Die sozialdemokratisch-republikanische Regierung hatte die Büros der Gewerkschaften versiegeln lassen, sie hatte Streikbrecher organisiert und faschistische Sturmgarden mobilisiert. Trotz all dieser Unterdrückungsmaßnahmen verharrten die Arbeiter des Bahnhofes weiter im Streik, der nunmehr mit einem vollen Sieg geendigt hat. Sämtliche Forderungen der Streikenden sind bewilligt worden. Diese Forderungen sind: Freilassung der während des Streiks verhafteten Arbeiter, Wiedereröffnung des Gewerkschaftsbüros, Wiedereinstellung aller Arbeiter und Erhöhung der Löhne. Dieser Streiksieg ist ein großer Erfolg der revolutionären Arbeiter von Sevilla.

Große revolutionäre Soldatenversammlung in Zürich

Zürich, 5. Dezember. In Zürich fand am Freitagabend eine große Soldatenversammlung statt, die vom Initiativ-Komitee des Infanterieregiments 27 einberufen war. Die über 500 versammelten Soldaten bekundeten den verhafteten Genfer Soldaten ihre brüderliche Solidarität und beschlossen, im ganzen Land eine große Kampagne für den Schutz der revolutionären Soldaten auszulösen. Zu diesem Zweck wählte die Versammlung ein Verteidigungskomitee aus 23 Soldaten. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse hat bereits mit einer wütende Hetze gegen diese Aktion der proletarischen Soldaten eingesetzt und verlangt das Verbot des Initiativ-Komitees. Bei der Arbeiterschaft jedoch hat die Aktion der Züricher Soldaten eine gewaltige Begeisterung ausgelöst.

Japanische Kriegsschiffe gegen Sowjetchina

Schanghai, 5. Dezember. Auf Anordnung der japanischen Admiralität sind am Freitag in der chinesischen Küstenstadt Amoy drei japanische Kriegsschiffe „zum Schutze der japanischen Bevölkerung" eingelaufen. Diese Kriegsschiffe sollen mindestens vier Wochen in Amoy bleiben. Amoy ist die internationale Niederlassung der Stadt Tschangtschu, vor deren Toren die chinesische Rote Armee steht. Der Vorstoß des japanischen Imperialismus richtet sich also direkt gegen die Sowjetprovinzen Fukien und Hunan.

Zu Hilfe der chinesischen Sowjetrevolution! Fallt durch proletarischen Massenkampf in jedem Lande den Imperialisten in den Arm!

Feste Streikfront der österreichischen Bergarbeiter

Wien, 5. Dezember. Der Bergarbeiterstreik in Grünbach wird geschlossen durchgeführt. Im ganzen Neunkirchener Industriegebiet löste der Grünbacher Kampf große Begeisterung und gesteigerten Kampfwillen aus. Unter dem Eindruck dieser Bewegung mußten die Stahlwerke Böhler u. Bleckmann in Ternitz ihre Lohnraubpläne aufgeben. Die Streikenden in Grünbach richteten an die Bergarbeiter des benachbarten, ebenfalls der Alpine Montan gehörenden Harter Bergwerks einen Appell, sich dem Streik anzuschließen. Die Harter Arbeiter haben der Direktion ein Ultimatum gestellt.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

11. Fortsetzung.

Gequält von der Ungewißheit und der Unruhe, beschloß ich am 17. Juni, endlich mein dunkles Zimmer doch zu verlassen. Meine Krankheit hatte sich gebessert. Das Tageslicht tat meinen Augen nicht mehr so weh, sie waren nicht mehr so entzündet. Der Augenarzt war der Ansicht, daß ich jetzt, ohne Gefahr zu laufen, mein Augenlicht zu verlieren, das dunkle Zimmer verlassen und, die Augen durch eine Brille geschützt, auf die Straße gehen darf.

Ich begab mich sofort zum Hafen, um mir den berühmten Panzerkreuzer „Potjomkin" anzusehen. Es war ein heller, sonniger Tag. Im grellen Licht der Sonne waren kleine, schwarze Punkte im Meer zu sehen, das waren die Schiffe der Geschwader der Admirale Wischnjewetzki und Krieger, die in breitem Halbkreis die Ausfahrt des Odessaer Hafen dem „Potjomkin" versperrten.

Ich schaute mich um und bemerkte, wie auf dem Lansheron schwere Feldartillerie aufgebaut wurde. Die Mündungen der Kanonen waren auf denselben schwarzen Punkt im offenen Meer gerichtet, gegen den die beiden Geschwader langezogen waren. Plötzlich setzte sich der „Potjomkin" in Bewegung und steuerte unerschrocken dem Geschwader zu. Es war von der Anhöhe aus nicht möglich zu unterscheiden, ob er sich in den Kampf begibt, oder sich ergeben will. Allen, die keine Matrosen waren, kam es vor, als wolle er sich ergeben.

„Jagt die Leute auseinander!" ertönten plötzlich die laute Stimme eines Offiziers.

„Nicht stehen bleiben! Los!" schrien nun auch die Soldaten, die das ganze Lansheroner Ufer besetzt hielten. „Fort! Sonst schießen wir! . . ."

Auf dem Wege zu den Genossen, den Mitgliedern des Komitees, dachte ich die ganze Zeit an den Genossen Wakulintschuk. Seinen wirklichen Namen kannten damals nur wenige. Wir nannten ihn Omeltschuk. Ich sah vor mir sein Gesicht mit jenem strengen, harten Ausdruck, der oft Toten zu eigen ist. Sein für ewig geschlossener Mund schien die Worte des Aufrufes, der an seiner Brust befestigt war, zu wiederholen: „Rache den blutrünstigen Vampiren! Tod den Unterdrückern! Tod den Blutsaugern! Es lebe die Freiheit!" Er hatte sein Leben für den Aufstand geopfert. Warum aber haben wir uns nicht erhoben? Warum stehen an allen Ecken und Enden die Verkörperung des Zarismus und des Kapitals — die Polizisten? Warum haben sich nicht die Soldaten erhoben, die den Straßen entlang patrouillieren? Warum liegen unsere Leichen nicht neben der Leiche des getöteten Wakulintschuks?

Das Ende des Aufstandes

Als ich am 18. Juni meine Wohnung verließ, erblickte ich plötzlich am Ende der Straße eine Menschenmasse, die hastig davonlief und eine Kosakenabteilung, die die Laufenden mit Nagaikas prügelte. Die Straße dröhnte vom Pferdegetrampel und Gewieher, von Frauenschreien, vom Weinen, Schluchzen, vom Klirren der Tore, die die Hauswarte rasch zuschlossen. Bemüht, in irgendeinen Hof zu flüchten, hinter die eisernen Tore, fielen die erschrockenen Frauen hin und gerieten unter die Hufe der Pferde. Es gelang nur wenigen, sich hinter den Toren zu verstecken: die Hauswarte ließen nur die ihnen bekannten Hausbewohner hinein. Die Straße wurde in einem kurzen Augenblick leer.

Ich hatte kaum Zeit, in das Haus zurück zu springen, in dem ich wohnte, fast wäre ich unter die Nagaika des Kosaken geraten, der auf seinem Pferd bis zum Haustor gesprengt kam.

„Schweinehunde!" schrie der Kosak. „Verfluchte Saujuden, ich werd' euch schon zeigen, was das heißt, Unruhen und Streiks zu organisieren! Jetzt habt Ihr's! Ihr werdet's schon zu spüren bekommen!"

Die im Tor Stehenden prallten vor diesem wüsten Geschimpf erschrocken zurück. Allen kam derselbe Gedanke: wenn der Kosak sich das Tor öffnen läßt, werden wir mit der Nagaika halbtot geprügelt oder vom Pferde zerstampft. Aber ein noch viel größeres Entsetzen spiegelte sich auf den Gesichtern, als nachdem der Kosak vom Tor weggeritten war, zwanzig Fuhrwerke langsam hintereinander vorbeifuhren: auf jedem dieser Fuhrwerke lagen drei bis vier Leichen von Hafen- und Fabrikarbeitern, die während der Feuersbrunst im Hafen getötet worden waren, als man eine Salve nach der anderen in die Plünderer abfeuerte. Es fiel mir auf, daß alle Toten Russen waren. Alle trugen russische Blusen. Die Leichen waren blutüberströmt. In meiner Erinnerung blieb das Gesicht eines der Toten. Es war ein Arbeiter von ungefähr fünfundzwanzig Jahren. Auf seinem schönen, klugen, energischen Gesicht schien eine Frage, ein Staunen, ein Vorwurf gegen jene, die ihn getötet hatten, erstarrt zu sein. Auf seiner Stirn dunkelte eine kleine, schwarze Oeffnung, die von geronnenem Blut umgeben war. Augenscheinlich hatte ihn eine Kugel niedergestreckt.

„So viele Tote!" sagte einer der im Hauseingang Stehenden. „Jeder von ihnen hat wohl eine Mutter, eine Frau, eine Braut . . . Die werden vergebens warten . . ."

„Glauben Sie denn, daß das schon alles ist?" antwortete ein anderer. „Man sagt, im Hafen liegen ganze Berge von Leichen. Man wird sie ins Meer schmeißen."

„Warum führt man sie überhaupt über diese Straße? Das ist doch nicht der Weg zum Friedhof . . ."

„Um die Bevölkerung einzuschüchtern . . . damit den Leuten die Lust zum Rebellieren vergeht," antwortete der Hauswart, „auf allen Straßen führt man jetzt die Toten herum", fügte er erläuternd hinzu.

Die Prozession der Toten war von Kosaken flankiert. An der Spitze und am Ende ritten Kosaken. Sie drohten mit der Nagaika, stießen wilde Flüche aus, zeigten auf die Toten. Alles sprach dafür, daß die Polizei diese Demonstration wirklich zur Einschüchterung der Bevölkerung organisiert hatte.

Außer den Genossen Gutjew und Timofei und den Genossinnen Kulpowitsch und Gromowa (Gromoslawa) befand sich während der Ankunft des Panzerkreuzers noch Genosse Jaroslawski in Odessa, der gerade nach einem Hungerstreik aus dem Gefängnis entlassen worden war und aus diesem Grund nicht aktiv an den Ereignissen teilnehmen konnte.

Schon am 17. Juni erfuhr ich, daß der Panzerkreuzer zu wenig Kohlenstifte für elektrischen Scheinwerfer hat. Unserem Genossen, Ingenieur Chmoles, gelang es, sie irgendwo ausfindig zu machen. Ich übernahm es, sie auf den Panzerkreuzer zu bringen. In demselben Augenblick, als ich mich ins Boot setzen wollte, um hinzufahren, kam die Nachricht, daß „Potjomkin", infolge des Verrats des „Grigorij", ganz unerwartet mit unbekannter Richtung ins offene Meer fuhr.

(Fortsetzung folgt.)

Amnestieforderungen im Sächsischen Landtag

Von der kommunistischen Landtagsfraktion wird uns geschrieben:

In der letzten Zeit sind viele Eingaben, Anträge und Schreiben bei uns eingegangen, die die Frage der Amnestie behandeln. Zur allgemeinen Aufklärung für die breite Oeffentlichkeit folgendes: Bei Vertagung des Landtages vor den Sommerferien wurde von der kommunistischen Landtagsfraktion im Juli ein Gesetzentwurf über eine allgemeine Amnestie eingebracht. **Die Behandlung des Gesetzentwurfes konnte damals durch die Manöver der Sozialdemokratie nicht zum Abschluß gebracht werden.** (Die kommunistische Tagespresse hat darüber berichtet.) Der Amnestiegesetzentwurf wurde dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Kurz nach Beginn der Herbsttagung richtete die kommunistische Landtagsfraktion an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses ein Schreiben, in dem die schnellste Anberaumung einer Rechtsausschußsitzung mit der Tagesordnung **„Amnestiegesetzentwurf der kommunistischen Landtagsfraktion“** verlangt wurde.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Dr. [illegible], erklärte, daß er eine solche Sitzung einberufen würde, daß aber die Sozialdemokratie mit einem ähnlichen Antrag bzw. Gesetzentwurf unterwegs sei und diesen Antrag bzw. Gesetzentwurf in den nächsten Tagen beantragen werde, um auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Landtages zu setzen. Da voraussichtlich auch dieser Gesetzentwurf den Rechtsausschuß beschäftigen wird, sei es zweckmäßig, beide gemeinsam dort zu behandeln.

In der Zwischenzeit ist unter dem 2. Dezember 1932 der sozialdemokratische Amnestieantrag, mit dem sie schon lange schwanger gegangen sind, [illegible] Rundschreiben des Bezirk [illegible] der SPD. [illegible] Unterbezirk vom [illegible] November 1932, das uns ebenfalls zugestellt wurde, eingegangen.

Die kommunistische Landtagsfraktion wird alles daransetzen, daß schnellstens die Beratung über die Amnestiefrage durchgeführt wird.

Zur politischen Seite dieser Amnestieberatung im Sächsischen Landtag wird in einem besonderen Artikel noch berichtet werden, ebenfalls über das Schicksal des kommunistischen Gesetzentwurfes in der Julitagung 1932.

Durch diese kurze Notiz beantworten wir alle die Eingaben, Anträge und Schriftstücke, die uns teils ohne Adressenangabe an uns gelangten, andernteils im Zusammenhang mit anderen Anfragen an uns gerichtet wurden.

Die kommunistische Landtagsfraktion.

Mitgliederversammlung der RGO

Heute Dienstag, den 6. Dezember, 20 Uhr im Keglerheim, Friedrichstraße
Mitgliedsbuch ist mitzubringen

Ortskomitee

Briefumschläge
Geschäfts- und Besuchskarten
Familien-drucksachen
Briefbogen
Rechnungen
Mitteilungen

[illegible]

Neudrag
Güterbahnhofstr. 2
[illegible]

Dein Weg
zum Wissen muß führen über die Literatur. Wissen ist Macht
Führt Dich
etwa das bürgerliche Buch diesen Weg? Nein! Willst Du Dir Wissen verschaffen so besorg Dir marxistische Bücher. Geh
zur Arbeiter-Buchhandlg
Rosenstraße 76
Hinterhaus I.

Den Vertreter der Arbeiterstimme verlangt man unter
Nr. 17259

Vierländer Hafer-
Mastgänse
(die deutschen »Prager«)
Hasen und Enten
erhalten Sie auch in diesem Jahre billig und schmackhaft von uns. Wir bitten um rechtzeitige Bestellung.
Die Steuerkarten für Gänse und Fleischwaren sind bis Mittwoch, den 14. Dezember 1932, in der zuständigen Verteilungsstelle abzugeben.
Abgabe nur an Mitglieder — Konsumverein
Vorwärts

Unsere Verteilungsstellen sind täglich bis 1/2 7 Uhr abends geöffnet.

3 Der Weg zum Kunden 3

Dresden

GÖRLITZER — Lebensmittel, Feinkost, Wein, Spirituosen, Tabakerzeugnisse, Kohlen — Auf Jahresumsatz 6 0/0 Rückgewähr

In jede Arbeiterwohnung
Gardinen von Neumann
Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken
Hugo Neumann
Eigene Gardinen-Fabrik
18 Gardinen-Spezial-Geschäfte
Dresden, Chemnitz, Freital, Meißen, Heidenau, Pirna, Bautzen, Zittau
Hauptgeschäft: Dresden A, Marschallstraße 12-14

Feine Fleisch- und Wurstwaren von Albr. Hempel, [illegible]gasse 3

Reserviert

Fraulob-Eis-Halle — Fischhofplatz [illegible]

[illegible]

SAXONIA
Wilsdruffer Straße 25—27 / Wilsdruffer Straße 16
Kesselsdorfer Straße 9 / Hechtstraße 14

Dresden-N.

8 0/0 Lebensmittel-Herrmann 8 0/0
Königsbrücker Straße 62 • Hauptstraße 34
auf sämtliche Waren

Besucht Starkes Kurbad — Bautzner Straße [illegible] — An all Krankenkassen zugelassen

Dresden-Löbtau

Feinbäckerei und Konditorei Curt Bär, Kesselsdorf. Str. 64, Ruf 23824

Konditorei u. Café Müller — Bestell- und Versandgeschäft, Familiencafé, Gohliser Straße 1

Unterstützt das Handwerk

Feine Fleisch- und Wurstwaren, Paul Wagner, Kesselsdorfer Straße 37

Kohlen-Rummel — Kronprinzenplatz, Ruf 20188

Cotta

Reinhold Berger Holzhandlung — Nutz-, Bau- u. Brennholz, Dachpappe, Teer, Karbolineum, Holzbearbeitung, Gottfried-Keller-Str. 38, Fernruf 20945

Ma wald & Lochner — [illegible] — Wolle u. Schnittw., Decken u. Bettfed

Alwin Köhler — Bismarckstr. 1 — Feine Fleisch- und Wurstwaren

Gertrud Göhlmann, [illegible] Straße — Kolonialwaren, ff. Wurstwaren

Albert Birkenbusch — Brennholzhandlung — Hebbelstraße 18

Heidenau

[illegible] — Bismarckstr. 30

Bad „Glück Auf“ — Ernst Warmuth — [illegible]

Fischhaus „Seestern“ — Königstraße 18

Dohna

Herbert Schäfer — Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Otto Richter — Bäckerei, Konditorei u. Café Markt 8

Lobau

[illegible] Feinbäckerei, Kaffee-Schank, Otto Mitschke

Pirna

Migeno Milch für Sport und Beruf

Erwin Kohls, Bierverlag, Dresdner Str. 30, Ruf 645

Möbel-Matthes — Preiswerte Wohnungseinricht., Lange Straße 15

Neugersdorf

Reformhaus „Gesundes Leben“ Frieda Pohl

C. Jul. Möhle — Größtes Spezialhaus für modern. Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung

Lebensmittel aller Art, Landesprod., [illegible] — Dora Klemm

H. Fleisch und Wurstwaren empfiehlt Walt. Förster

Lebensmittel und Schnittwaren [illegible]

Frische Fleisch- und Wurstwaren [illegible]

Striesen

Wollwaren · Hoffmann, [illegible]

Pr. Fleisch- u. Wurstwaren — Emil Otto, Schandauer Str. 81

Kauft im Schuhhaus Lippert, Schandauer Str. 45

Reserviert

A. Beyer, Markgr.-Heinr.-Pl. 1a — Lebensmittel — Grünwaren

Viktoria-Drogerie — Schandauer Straße, Ecke Voglerstr. — Farb., Foto, Lacke

Johann Görtheier — Lacke und Farben

Dresden-A.

[illegible]

Puppen-Börlitz — Herren- u. Damen-Friseur

Edi Schokolade aus der Schokoladenfabrik Dr. Sparber GmbH.

Fabrik-Reste

Steppdecken-Hänel

Herren- Anzüge, Mäntel, Hosen — Deutsche Herren-Moden

Pieschen

[illegible]

Mickten

Reserviert

Naußlitz

Lebensmittel-, Kolonialwaren und Molkereiprodukte — Otto Gruschwitz

Kötzschenbroda

Optiker R. Winkler

Neukirch

Farben — Drogen — [illegible]

Pesterwitz-Dresden

„Gaststätte zur Erholung“ — Bes. Paul Müller

Weiß- und Landbrotbäckerei Georg Mehnert

Meißen

[illegible]

Reserviert 36

Brockwitz

Richard Müller, [illegible]

Freiberg

[illegible]

Hausschlachtene Fleisch- und Wurstwaren-Zentrale — Weingasse 2

Brand-Erbisdorf

[illegible]

Bautzen

Kauft beim Inserenten!

Bautzen-Seidau

[illegible]

Kamenz

Trinkt Lessing-Sprudel

In jedes Haus Schokoladen von Clauß

SCHOKOLADEN-FABRIK Bruno Clauß

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Dresdens, außerdem in Chemnitz — Freiberg — Meißen, Dippoldiswalde und Oederan

Beilage
Dienstag, den 6. Dezember 1932

Arbeiterstimme

Nr. 278
8. Jahrgang — Tagespresse der KPD

1000 Exemplare der „Arbeiterstimme“

hat die Ortsgruppe Freital für den kommenden Sonnabend zum Vertrieb bestellt. Das ist ein Beweis dafür, daß die Genossen von Freital begriffen haben, um was es geht.

Die Werbung geht weiter!

So sagt die Ortsgruppe Freital. Das muß auch für alle Genossen der anderen Gebiete die Losung sein.

Jetzt gibt es kein Ausruhen!

Mit ganzer Kraft heran an die Werbung. Wenn Freital 1000 bestellt müssen die anderen Gruppen entsprechend ihrer Größe und Stärke dasselbe fertig bringen.

Deshalb noch heute

die Vorbereitungen getroffen für die verstärkte Werbung für die kommunistische Presse. Morgen müssen die Bestellungen aufgegeben werden.

Mobilisiert das letzte Mitglied

der Partei, des KJVD und der revolutionären Massenorganisationen zur Werbung für Partei und Presse, für die Arbeiterstimme und das Illustrierte Volksecho.

Nazis ruinieren Kleingewerbetreibende

Gewerbetreibende, macht Schluß mit dieser Gesellschaft. Reiht euch ein in die kämpfende Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats. Kämpft unter Führung der KPD gegen Faschismus!

Der Freiheitskampf berichtet über eine Frauenversammlung der Sektion Johannstadt-Süd. Dort sprach ein Nazireferent über das Thema: „Wie verwende ich mein Wirtschaftsgeld im nationalsozialistischen Sinne?“ Die Nationalsozialisten haben eine „Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“ gebildet. Diese Kampfgemeinschaft hat den Zweck, den Kleingewerbetreibenden in den Glauben zu versetzen, als könnte durch eine solche demagogische Maßnahme ihre Wirtschaftslage gehoben und gebessert werden. Natürlich kaufen auch die Nationalsozialisten dort, wo sie am besten und billigsten bedient werden. Und es ist der Naziführung ganz besonders unangenehm, daß auch ihre Mitglieder in Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften, Konsumvereinen usw. ihren Bedarf decken. Nun will man ganz energisch vorgehen. Durch Einführung eines Markensystems soll erreicht werden, daß die Frauen der NS-Kampfgemeinschaft nur noch in den der NSDAP angeschlossenen Einzelhandelsgeschäften kaufen. Da immer wieder an „Pg's“ ergangene Mahnungen vielfach mißachtet wurden, werde nunmehr aus der NSDAP ausgeschlossen,

wer in jüdischen Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisladen, in anderen jüdischen Geschäften und in sogenannten Kettenladen kauft oder andere für sich kaufen läßt;

wer Konsumvereinsmitglied ist und diese Mitgliedschaft nicht sofort aufkündigt;

wer in Konsumvereinsläden kauft, ganz gleich, ob er Mitglied des Konsumvereins ist oder nicht;

wer in den Massenfilialbetrieben, Kettenläden usw. kauft oder andere für sich kaufen läßt;

wer der selbstverständlichen Verpflichtung nicht nachkommt, bei der Deckung seines Bedarfs in erster Linie und wo nur irgend möglich, Parteigenossen und Mitglieder der Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft zu berücksichtigen.

Es handelt sich hier um ein neues großes Betrugsmanöver an denjenigen Schichten, die die Demagogie der Nazis zu erkennen beginnen. Die Arbeiterschaft wird es jedenfalls nicht zulassen, daß der von der kapitalistischen Wirtschaftskrise zerrüttete Mittelstand seine ärgsten eigenen Feinde unterstützt. Wir haben jedenfalls noch nicht gehört, daß die nichtnazistischen kleinen Geschäftsleute nicht auch zum Mittelstand gehören. Der Aufruf der Nazikampfgemeinschaft kündigt höchst praktisch an:

Wer Geschäftsmann und nicht Nazi ist, der bekommt es mit der Nazikampfgemeinschaft zu tun und wird behandelt wie ein Jude, wie ein Marxist, wie ein Konsumverein.

Das Recht zu leben hat also nur wer Nazi ist. Doch die Herrschaften rechnen nicht mit der wachsenden Klassenkraft des Proletariats. Denn gerade die Arbeiter, auch die Wohlfahrtsempfänger sind es doch, die den kleinen Geschäftsleuten ihre Ware abkaufen. Wenn allerdings die Arbeiter und Erwerbslosen nicht ausreichend Lebensmittel und andere Bedarfsgegenstände kaufen können, dann liegt das an ihrem ungenügenden Lohn, an ihrer ungenügenden Wohlfahrtsunterstützung. **Aufgabe des Mittelstandes ist es daher, die Kämpfe der Arbeiterschaft um Lohn und Brot durch Solidaritätsaktionen wirksam zu unterstützen.** Denn erst dann, wenn sich die Lebenslage der Arbeiterklasse gebessert hat, wird sich naturgemäß auch die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes bessern. Es wird sich sehr bald zeigen, daß auch diese Nazikampfgemeinschaft dem kleinen Geschäftsmann, dem Mittelstand keine bessere Lebensmöglichkeit bieten kann. Ganz im Gegenteil! Denn das Grundübel der Wirtschaftskrise ist das kapitalistische System selbst, und das kann man nicht durch demagogische Pflästerchen beheben. **Es bleibt deshalb Aufgabe des Mittelstandes, alle Bewegungen der revolutionären Arbeiterschaft zu unterstützen und zu fördern. Denn erst die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bringt die Gewähr für einen größeren Umsatz der vorhandenen Bedarfsgüter.**

Im Tempo des Verkehrs

Gestern nachmittag gegen 17.30 Uhr lief am Gasthof Wölfnitz ein 7 Jahre alter Knabe in ein Motorrad. Er erlitt Verletzungen an der Halsschlagader.

Auf der Pfotenhauerstraße wurde gestern 18.15 Uhr ein 37jähriger Schneider von einem **Personenkraftwagen angefahren.** Er trug schwere Verletzungen davon und wurde ins Carolakrankenhaus eingeliefert.

Unerhörtes Terrorurteil in Bautzen

Staatsanwalt Löffler beantragt drei Jahre Zuchthaus gegen einen antifaschistischen Arbeiter. Stärkt die Rote Hilfe zum Kampf gegen Klassenjustiz und Faschismus!

Vor der ersten Großen Strafkammer in Bautzen stand der [illegible] parteilose Arbeiter Adam Wikiera aus Wilthen bei [illegible] wegen Beleidigung, schwerer Körperverletzung und Waffenmißbrauchs, begangen an dem [illegible]jährigen Nazi Adler aus [illegible], unter Anklage. Der Vorgang war folgender:

Vor einiger Zeit kam der Nazimann Adler in Begleitung eines anderen Nazis in Uniform von einem Sturmabend aus [illegible] und beide kehrten im Gasthof Wilthen ein. Dort versuchten sie, die anwesenden Arbeiter zu provozieren. Der Arbeiter Wikiera [illegible] diesen einfachen Bescheid. Aus Grund dessen hatte [illegible] Adler, den [illegible], dem Arbeiter Wikiera „die Knochen zu brechen“. Adler hat dies auch mehrmals zu anderen Personen geäußert und erzählt, er werde so lange durch Wilthen fahren, bis er „diesen Lumpen Wikiera“ er-

[illegible]. Vor einigen Wochen klappte es nun. Als Adler wieder nach Wilthen fuhr, waren Wikiera und einige Arbeiter auf der Straße. Da Wikiera von den Drohungen Adlers erfahren hatte [illegible], forderte Wikiera die anderen auf, auf die andere Straßenseite zu gehen, um dem Nazimann Platz zu machen. Wikiera hatte mit seinem Rade fast die andere Straßenseite erreicht, als Adler heran war. Adler versuchte nun, ein [illegible] auszuführen, und seine Drohungen, Wikiera „die Knochen zu brechen“, wahrzumachen. Als Vorwand gab Adler an, Wikiera hatte „[illegible]“ gerufen und auf Grund dessen wäre er vom Rade gestiegen und hatte Wikiera zur Rede stellen wollen. Aber selbst die Zeugen konnten dies nicht bestätigen, daß Wikiera gerufen habe. Jedenfalls sprang Adler ob der unerhörten Beleidigung vom Rade, stellte dies an eine Telephonstange und [illegible] auf den Arbeiter Wikiera ein mit dem Rufe: „Wer ist [illegible]?“ Da Wikiera sich nun so bedroht sah, rief er dem Adler zu, ja nicht näher an ihn heran zu kommen. Adler [illegible] reagierte nicht darauf, kam heran und hob die Hand zum Schlage, und in diesem Moment parierte Wikiera in Notwehr, um von Adler nicht niedergeschlagen zu werden, den Schlag Adlers und schlug ihm mit der Faust von unten an die Nase. Die Folge war: Klage wegen Beleidigung usw. Waffenmißbrauch [illegible], als das ärztliche Gutachten besagte, dieser Schlag müßte mit einem harten Gegenstand geführt worden sein.

Alle Zeugen hatten jedoch nichts Derartiges bei Wikiera gesehen. Das Gericht, unter Vorsitz des Herrn Rater, ließ die Anklage wegen Beleidigung fallen und verurteilte den Arbeiter Wikiera nach § 8 Ziffer 1 der Terror-Notverordnung des Reichspräsidenten vom 9. August zu

zwei Jahren Zuchthaus!

Der Arbeiter Wikiera wurde sofort in Haft genommen. Bezeichnend waren die Ausführungen des Staatsanwalts Löffler, welcher unter anderem ausführte, daß es gut wäre, dieses Terrorgesetz zu haben und auf Grund „der abgrundtiefen Gemeinheit des Charakters des Angeklagten“ (vielleicht deshalb, weil der Arbeiter nicht heulend vor Gericht stand?) müßte dieser auf längere Zeit unter scharfe Erziehung kommen. Er pries dabei die Verschärfung des Strafvollzugs.

Es mag diesen Herren in die Knochen gefahren sein, daß sich der Arbeiter so mutig verteidigte. Auf die Aeußerungen des Verteidigenden betr. des Schlagringes, daß dann eben die Fäuste des Angeklagten ein gefährliches Werkzeug seien, erwiderte der Arbeiter schlagfertig: **„Da muß eben noch eine neue Notverordnung erlassen werden, daß die Arbeiter ihre Fäuste zu Hause lassen müssen.“**

Der Arbeiter Wikiera nahm das Schreckensurteil gefaßt entgegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er nicht diese Jahre verbüßen muß, **sondern bereits vorher durch die Arbeiterschaft befreit wird.**

Werktätige in Stadt und Land! Kämpft dafür, daß die Hoffnung dieses und Tausender anderer Kämpfer bald Wirklichkeit wird! Kämpft mit der Roten Hilfe gegen diesen barbarischen Klassenterror, gegen diese [illegible], für die Befreiung eurer in den Kasematten der deutschen Republik und der anderen kapitalistischen Länder schmachtenden Klassenbrüder! Erhebt schärfsten Protest gegen dieses unerhörte Terrorurteil!

Wenn Nazis denunzieren — verurteilt das Gericht

Während der Verhandlungspause, als der angeklagte Arbeiter in „Verwahrung“ genommen wurde, rief ein Arbeiter vom Zuhörerraum in den Gerichtssaal: „Freiheitsberaubung!“ Auf die wiederholten Fragen des Vorsitzenden, wer dies gerufen habe, bezeichnete der Naziganhänger Mechella, Bautzen, Schäferstraße 23, einen Arbeiter aus Dreikretscham als Rufer. Trotzdem mehrere Arbeiter bekundeten, daß dieser nicht gerufen habe, wurde er wegen „Ungebühr vor Gericht“ zu drei Tagen Haft verurteilt, mit dem Vorbehalt, ob noch Strafantrag gestellt würde wegen Beleidigung des Gerichts. **Der Arbeiter wurde sofort in Haft genommen.**

Exmittierung im Reiche Klimpels

Gestern früh exmittierte die Polizei des Herrn Klimpel in Freital den Arbeiter Gemau vom Rachelberg. Der Grund der Herausfuhrung war in der Mietzahlung infolge langer Erwerbslosigkeit [illegible]. Der Arbeiter war von 1930 bis 1932 erwerbslos. Die Monatsmiete betrug 15 Mark. Als Unterstützung erhielt er für seine Familie 12,50 Mark pro Woche. Also kaum so viel, wie die Miete ausmacht. [illegible] Mark wurden davon sofort abgezogen. Der Arbeiter versuchte, nachdem er Arbeit bekommen hatte, seinen Verpflichtungen in bezug auf Mietzahlung nachzukommen. **Er hatte vom Arbeitsbeginn ab pro Monat 22 M. gezahlt.** Klimpel und die Verwaltung wollte das nicht. Die Exmittierung wurde betrieben. Wie der Verlauf zeigt, schien es auf einen Skandal [illegible]. Die Stadtverwaltung hatte zum Abholen der Möbel einen offenen Wagen geschickt. Auf Protest des Exmittierten wurde dann ein Möbelwagen geholt. Bis dahin war alles in Ruhe abgegangen. Da — mit einem Male — erschien ein Nazi-Boß mit der Order, verschiedene Möbel anzusiegeln. Auf Reklamation hin mußten einzelne Stücke freigegeben werden. Bezeichnend ist, daß — als der Exmittierte mit seiner Frau auf die Polizeiwache ging — der Polizeidezernent, der zugleich Wohnungsdezernent ist, für ihn keine Zeit hatte.

An diesem Beispiel können die Arbeiter erkennen, daß es gleich ist, wer die Stadtverwaltung in den Händen hat. In diesem Falle ist es Herr Klimpel, in anderen Städten sind es Nazis oder bürgerliche Bürgermeister. Die Wohnungslosigkeit wird erst liquidiert im sozialistischen Staat. Deshalb kämpft mit der KPD für den Sozialismus!

Freitaler Winterhilfe geht schnorren

Mit Tsching-tara und der Dresdner Reichswehr zogen am 2. Dezember durch die Freitaler Straßen, um Almosen zu betteln, die Arbeitsdienstler mit großen Schildern. Brav und stolz marschierten die SPD-Männer, Klimpels Untertanen, mit, um gemeinsam mit Pfaffen, Jungdo und Kumpanei ihre „Wohltätigkeit“ zu zeigen. Die Arbeiterschaft zeigte ihnen die kalte Schulter. Im Freitaler Stadtparlament lehnte diese Einheitsfront, die absolute Mehrheit der SPD mit den Bürgerlichen, sämtliche Anträge der Kommunisten betreffs Winterhilfsmaßnahmen für Erwerbslose und Rentner ab.

Wir als Kommunisten verlangen Herabsetzung der Riesengehälter der Freitaler Bürgermeister und Stadträte auf 4000 Mk. Herab mit dem Polizeietat! Für die Erwerbslosen und Rentner Brot, Kartoffeln, warme Kleidung und Kohlen!

Hemden für Kramers Kinder

Von Paul Korner

„Was ist denn bei Kramers los, da sind ja die Fenster verhängt?“

„Die Frau haben sie doch geholt!“

„Was fehlt ihr denn?“

„Fehlen? Gar nichts.“

„Warum holen sie sie denn weg, wenn sie nicht krank ist?“

„Ach, die Polizei. Hat sie Koloiers gemacht? Mein Gott, man kann sie ja nicht verdenken, wenn sie was dagegen macht. Fünfe hat sie schon, und nun noch das sechste.“

„Nein, nein, so ist das auch nicht, Frau Zuschke. Der Mann ist doch Straßenbahner. Das heißt, gewesen. Er ist rausgeflogen beim Streik, und sie hat einen Streikbrecher mit einer Klamotte an den Versäterbregen geworfen — soll geworfen haben. Nun hat sie neun Monate gekriegt und gleich muß sie rein.“

„Vor drei Wochen habe ich noch mit ihr gesprochen. Sie wollte sich meine Maschine borgen, weil sie für die Kinder Hemden nähen wollte. Die sollten sie zu Weihnachten kriegen. Solch Schwindsuchtsstücker bei der Straßenbahn verdient doch auch nicht viel und die Kinder hatten nichts über den Leib.“

„Ja, nun sind die Kinder ohne Mutter.“

„Und ohne Hemden.“

„Man müßte ein paar Hemden zusammenschustern. Viel Stoff geht ja bei den kleinen Würmern nicht rein.“

„Ich verziehe mich nur nicht bei den Halsausschnitten. Ein bißchen Parchent habe ich noch da. Nein, die Kinder tun mir wirklich leid. Vielleicht sagt mir die Frau Braune Bescheid, die näht doch Hemden fürs Geschäft.“

Frau Braune kam nämlich gerade über den Hof und trug ein Paket über der Schulter.

„Frau Braune, Sie nähen doch Hemden, können Sie mir nicht zeigen, wie das mit den Halsausschnitten gemacht wird?“

„Um Gotteswillen, Frau Zuschke, überlegen Sie sich das. Hemdennähen ist ein Hunger. Sie sehen, ich habe mir gerade ein Paket geholt und muß sie für ein paar Pfennig noch selbst zuschneiden.“

„Ach, horchen Sie doch zu. Wir wollen für Kramers Kinder ein paar Hemden nähen. Die Mutter sitzt doch im Gefängnis wegen dem verratenen Streik. Die sollen sie dann zu Weihnachten kriegen. Ein paar Tannenzweige darauf und fertig.“

„Und ich habe ein paar wunderschöne Engelsbilder zu Hause, die kann man . . .“

„Um Gotteswillen . . .! Nur nicht so was. Mit der ganzen Gottesliebe ist es doch nicht weit her, wenn die Leute um zwei Pfennig streiken müssen, nachher rausfliegen, die Kinder hungern und die Mutter ins Gefängnis kommt.“

„Da haben Sie recht. Aber Hemden müssen die Kinder haben.“

„Jawohl, — und kriegen sie auch. Wenn Sie Stoff haben, kommen Sie zu mir, wir nähen sie in ein paar Stunden zusammen. Wenn ich beim Zuschneiden gut zurecht komme, bleibt schließlich auch noch für ein kleines etwas übrig. Die fertigen Hemden tragen wir zur Roten Hilfe, die verteilt alles, und wir werden gleich melden, daß Kramers Kinder Hemden nötig haben.“

„Wir können sie ihnen doch selbst geben.“

„Könnten wir, aber es sind doch nicht nur Kramers Kinder, die frieren und hungern. Und da ist die Rote Hilfe, die alles verteilt. Denken Sie doch an, 9600 sind im Gefängnis, und wieviel Kinder gibt es da? Aber weil ich Sie hier gerade treffe, morgen gehe ich sammeln für die Gefangenen und ihre Hinterbliebenen, da können Sie mitkommen.“

„Natürlich kommen wir da mit, wir haben doch jedes Jahr . . . und dann wollen wir an Frau Kramer einen Brief schreiben, daß sie sich wegen der Kinder nicht ängstigen braucht.“

„Gut, das machen wir. Und das ganze Haus soll ihn unterschreiben.“

„Und sammeln tun wir gleich dabei. Wir nehmen, was wir kriegen.“

„Im Krieg mußten die Leute ja auch alles hergeben und sie wußten nicht für was.“

„Und da können so manche etwas abstoßen — ganz richtig — wo sie wissen, daß es für ihresgleichen ist.“

„Also auf Wiedersehen, wir gehen zusammen.“

„Ich klingle bei Ihnen.“

„Gemacht.“

Am selben Abend hatten die Frauen Geld gesammelt, Lebensmittel, Kleider und Obst, Hemden für Kramers Kinder und die anderen vielen, die darauf warten, weil der Vater im Kerker ist . . .

4 Der Weg zum Kunden 4

Dresden

Ia Roggenbrot und Backwaren aller Art
Feingebäck, Ia-Qualität erhältlich beim **Dresdner Bäckermeister!**

Hausfrauen! 8787
seid praktisch und schlau, kauft in den Geschäften von E. u. V.
6 Prozent Rabatt!
Ein- und Verkaufsverein
Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler eGmbH
Eigene Kaffeerösterei, Gegründet 1902

W. Kelling chem. Reinigung Färberei

Neustadt

ALFRED RENTSCH
Markgrafenstraße 41
Billigste Bezugsquelle f. Leder all. Art, Lederausschnitte, Ledersohlen, Sportartikel, Schuhleisten

GARDINEN
Dekorationsstoffe
Patentsprungrollos
R. Otto Thieme
Dresden-A., Frauenstraße 10
Billige Preise
12 % Eröffnungsrabatt!

Striesen

Art. Litsche
Altenberger Str. 28

Friedrichst.

NICOLAI Sport-Artikel
Kleine Kirchgasse 1

Dresden-Löbtau

Käse sämtliche Sorten, stets frisch. Eigene Herstellung
Joh. Richter Löbtauer Straße Nr. 7

Lichtspiele Musenhalle

Löbtauer Kohlenhof

Altstadt

ALT-BAYERN am Hauptbahnhof in Dresden
Das Haus der echt Münchner Spezialitäten

Döbritz

Zschachwitz

Klotzsche

Kohlen — Futtermittel
Georg Groß

Freital

Meißen

Molkerei Meißen
empfiehlt alle Molkereiartikel

Restaurant „Zur Kleinbahn“

Kammer-Lichtspiele
das größte Lichtspielhaus Meißens

Meißen-Triebischtal

Heidenau

Reiner

Großsedlitz

Restaurant „Rosengarten“

Zschieren

Gersdorf

„Felsmühle Gersdorf“

Gottleuba

Radeberg

Grumbach

Pirna

Volkshaus „weißes Roß“
Paul Pitschke u. Frau

Pirna-Copitz

Astoria-Lichtspiele

Pirna-Jessen

Dohna

Otto Trautsch

Pratzschwitz

„Pratzschwitzer Mühlenbrot“

Königstein

Zittau

Diana-Saal Pethau
Ausschank der beliebten Jentsch-Biere

Dampfmolkerei Zittau

Drogen . Farben . Photo-Haus
MAX HANEMANN

Cunewalde

Ernst Bläsche

Eibau

Seifhennersdorf

Reichenau

Löbau

Freiberg

Gewerbehaus
vorzüglicher Mittagstisch

Automat „Tempo“

Nieder-Colmnitz

Paul Dittrich

Tharandt

Paul Wenzel
Lebensmittel 6 % Rabatt

Wendischfähre

Neugersdorf-Philippsdorf

„Deutsches Haus“

Neugersdorf

Kamenz

Arthur Synatschke

Kauft Kohlen bei **H. Pollak**, Nordstr. 1 b

Bischofswerda

Königsbrück

Bernstadt

Martin Haudt, Markt 90

Coßmannsdorf

Bretnig

Trinkt Biere aus der Brauerei Bretnig

5 Der Weg zum Kunden 5

Dresden-Altstadt

6 Prozent Rabatt
auf Kakao, Schokolade, Pralinen, Bonbons und den guten Gero-Kaffee in allen Filialen von
Gerling & Rockstroh

Papier, Lederwaren
Haus- und Küchengeräte
Herrenartikel
Bargou
Dresden-A., Postplatz

Café Wickel
Schloßstraße 14

Albin Schumann
Fischgroßhandlung

KLEMM-KAFFEE

KUCHENHAUS

Alw. u. Hübner

Unterstützt das Handwerk!

Unterstützt das Handwerker!!

Hermann Gruber
Schokoladen u. Zuckerwaren
Wiederverkäufer erhalten Original-Fabrikpreise

Die günstige Einkaufsquelle
für Farben, Lacke und Malerartikel
Dresdner Lack- und Farbenhaus Kätterstraße 6

Besucht das
Lichtspielhaus Freiberger Platz

Sport — Geräte — Kleidung
Böhme

Dresden

Dresden-Löbtau

Dresden-Friedrichstadt

Dresden-Reick

Dresden-Pieschen

Unterstützt das Handwerk!

Dresden-Striesen

Dresden-Gruna

Dresden-Seidnitz

Dresden-Lockwitz

Altnickern

Dresden-Neustadt

Dresden-Prohlis

Dresden-Dölzschen

Eßt das gute Brauns-Brot!

Dresden-Pesterwitz

Pirna

Pirna-Zehista

Heidenau

Heidenau-N.

Neusalza-Spremberg

Dohna

Neugraupa

Kreischa

Großgraupa

Ebersbach

Dippoldiswalde

Langebrück

Taubenheim

Hirschfelde

Dittelsdorf

Thälmann-Aufgebot

des Bezirks Sachsen
zur Werbung neuer Betriebsarbeiter zur Schaffung neuer Betriebszellen

„Wir können das gegenwärtige Stadium in Deutschland als Vorbereitungsperiode der proletarischen Macht bezeichnen. Mit anderen Worten: heute handelt es sich für uns darum, immer breitere Massen des Proletariats für den Kampf um die politische Macht zusammenzuschweißen und durch die Erfahrungen der politischen und wirtschaftlichen Tageskämpfe vom Teilstreik bis zu den höchsten Streikformen an die Position des Kampfes um die Macht heranzuführen."

So kennzeichnete der Führer unserer Partei, Genosse Thälmann, in seiner Rede auf der Parteikonferenz der KPD die gegenwärtige Situation und die Hauptaufgaben der Partei.

Reich an Kampfeserfahrungen, vom entschlossenen revolutionären Kampfeswillen beseelt, steht die Partei unter Führung des bolschewistischen Zentralkomitees und fester, gestählter Kaders in dieser Situation vor diesen Aufgaben.

Im Feuer des Klassenkampfes ist die Partei gewachsen, hat sich im unversöhnlichen Kampf gegen den rechten Opportunismus und das linke Sektierertum bolschewistisch gefestigt.

Kühn und siegesbewußt, erfüllt vom Kraftbewußtsein unserer Bewegung, im vollen Bewußtsein der Stärke und Ueberlegenheit unserer marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis gehen wir Kommunisten der zweiten Welle von Revolutionen und Kriegen entgegen.

Wenn jeder Parteitagsdelegierte, wenn jeder Kommunist von dieser Erkenntnis durchdrungen ist,

dann wird die Partei ihre Anziehungskraft gewaltig erweitern,

dann wird sie mit der Eroberung der eigenen Klasse die breiten werktätigen Massen um sich scharen,

dann wird sie die Massen erobern zum Kampf um die Lösung der Klassenaufgaben,

dann wird sie die Massen durch die Führung ihrer Aktionen und Kämpfe sammeln und vorbereiten zum letzten Angriff auf die herrschende Klasse, zum Kampf um die proletarische Diktatur.

Von dieser Einstellung ausgehend, beschließen die Delegierten des 3. bolschewistischen Bezirks-Parteitages Sachsen ein Werbeaufgebot zur Gewinnung neuer Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen, zur Schaffung neuer Betriebszellen unter der Bezeichnung:

„Thälmann-Aufgebot" bis zum Februar 1933

Als Leitsatz und Inhalt des Thälmann-Aufgebots der sächsischen Parteiorganisation gilt, was der Genosse Thälmann, unter dessen Namen wir das Aufgebot führen, in seiner großen Kampfrede gegen die faschistische Diktatur auf der Reichsparteikonferenz sagte:

„In der Werbearbeit der Partei muß entschlossen der Kurs auf die Betriebsarbeiter genommen werden. Der Anteil der Betriebsarbeiter geht in der Partei in ernster Weise zurück. Die Zeichen über diese Frage sind ein ernstes Warnungssignal für uns. Wie können wir die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen. Wie wollen wir möglicherweise als illegale Partei unsere Arbeit meistern, wie können wir den politischen Generalstreik gegen die faschistische Diktatur organisieren, wenn die entscheidenden Kader unserer Partei nicht im Betrieb stehen?"

Von dieser zentralen Aufgabenstellung des Genossen Thälmann ausgehend, verpflichten sich alle Delegierten und Gast-Delegierten, alle Betriebs-, Straßenzellen und Ortsgruppen, jeder Genosse und jede Genossin der sächsischen Parteiorganisation, alle Kräfte anzuspannen, um das im Thälmann-Aufgebot gestellte Soll der Betriebswerbung zu erreichen.

Der Bezirksparteitag beschließt, daß die Parteieinheit, die in der Durchführung des Thälmann-Aufgebots die größten Erfolge an der Betriebsfront aufweist, eine

Sachsen-Sturmfahne „Ernst Thälmann"

erhält. Die Entscheidung, welcher Parteieinheit die Sachsen-Sturmfahne zugesprochen wird, fällt die Bezirksleitung.

Höher die Sturmfahne des revolutionären Aufschwunges!

Kühnere Entfaltung unserer revolutionären Massenpolitik!

Steigerung der Welle der Aktionen und Streiks in Sachsen!

Entfaltung des konzentrierten Angriffs auf die Betriebe!

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands mit ihrem Führer Thälmann an der Spitze!

Das Ziel des Thälmann-Aufgebots: 3796 Betriebsarbeiter, 168 Betriebszellen!

Alle Unterbezirke haben sich im Rahmen des Thälmann-Aufgebots konkrete Aufgaben gestellt. Diese Aufgaben umfassen in erster Linie die Werbung neuer Betriebsarbeiter und Betriebsarbeiterinnen, die Schaffung neuer Partei-Betriebszellen sowie Jugend-Betriebszellen. Außerdem haben sich die Unterbezirke noch konkrete Aufgaben in der Schaffung von RGO-Gruppen, in der Werbung neuer RGO-Mitglieder, der Gründung neuer Partei-Ortsgruppen und neuer Jugend-Ortsgruppen gestellt.

Jede Parteieinheit, jede Ortsgruppe, Betriebs- und Straßenzelle muß sich an Hand des aufgestellten Solls des betreffenden Unterbezirks einen konkreten Plan und ein Soll für ihr Arbeitsbereich stellen. In diesem Plan muß an der Spitze die Werbearbeit an der Betriebsfront, die Gewinnung neuer Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen, die Schaffung neuer und die Festigung bereits bestehender Betriebszellen stehen.

Die nebenstehende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Sollstellung der einzelnen Unterbezirke an der Betriebsfront im Thälmann-Aufgebot:

	Betriebsarbeiter	Betriebsarbeiterinnen	Partei-B.-Zelle	Jugend-B.-Zelle	Neue RGO-Gruppe
UB Zittau	100	50	12	—	8
UB Bautzen	60	25	5	—	—
UB Radeberg	25	30	5	—	4
UB Pirna	60	30	5	3	5
UB Meißen	50	20	6	2	3
UB Dresden	130	70	7	6	8
UB Freital	40	14	6	2	6
UB Pockau	100	25	1	—	—
UB Freiberg	25	15	4	—	6
UB Döbeln	35	30	7	4	8
UB Riesa	20	10	6	3	7
UB Wurzen	50	25	5	2	5
UB Leipzig	783	307	14	—	—
UB Borna	70	30	2	2	2
UB Limbach	100	60	8	—	4
UB Chemnitz	300	200	10	5	10
UB Flöha	30	20	2	—	—
UB Einsiedel	56	15	14	—	—
UB Ehrenfriedersdorf	15	15	2	—	—
UB Aue	66	30	11	3	4
UB Oelsnitz i. E.	60	40	4	1	6
UB Glaucha	133	67	10	1	3
UB Zwickau	60	40	7	5	5
UB Falkenstein	25	25	5	3	4
UB Plauen	155	100	8	2	4
UB Oelsnitz i. V.	25	30	2	—	3

Die Durchführung des Thälmann-Aufgebots

1. In jedem Unterbezirk muß sofort der konkrete Plan des Thälmann-Aufgebots besprochen und festgelegt werden und allen unteren Parteieinheiten mit konkreten Maßnahmen zur Durchführung des Thälmann-Aufgebots zur Kenntnis gebracht werden.

2. Alle unteren Parteileitungen nehmen in der nächsten stattfindenden Leitungssitzung zu den konkreten Aufgaben im Rahmen des Thälmann-Aufgebots in ihrem Arbeitsbereich Stellung und beschließen die dazu notwendigen Maßnahmen.

3. In jeder Betriebszelle muß sofort, ausgehend von der Aufgabenstellung der Unterbezirksleitung ein konkreter Sollplan für die Gewinnung neuer Betriebsarbeiter für die Partei aufgestellt werden.

4. Alle Straßenzellen und Ortsgruppen stellen sich ebenfalls einen Sollplan zur Gewinnung neuer Betriebsarbeiter, zur Gründung neuer Betriebszellen und zur Unterstützung der in ihrem Arbeitsbereich liegenden Betriebszellen auf.

5. In allen bis zu Ende Februar stattfindenden Sitzungen oder Versammlungen der Betriebs- und Straßenzellen, Ortsgruppen und Unterbezirksleitungen muß regelmäßig in einem besonderen Punkt der Tagesordnung der Stand des Thälmann-Aufgebots behandelt werden.

6. Alle Parteieinheiten, insbesondere die Instrukteure der Betriebszellen, Ortsgruppen und Unterbezirke, müssen eine laufende Kontrolle über die Erfüllung des Thälmann-Aufgebots durchführen und dabei als Helfer und Berater der einzelnen Parteieinheiten tätig sein.

7. Alle Parteieinheiten verpflichten sich, der Unterbezirksleitung und Bezirksleitung sowie der Parteipresse laufend über die Durchführung des Thälmann-Aufgebots Bericht zu erstatten und die zu diesem Zwecke herausgegebenen Berichtsbogen regelmäßig und genau zu beantworten.

Entfaltet den sozialistischen Wettbewerb

Nach dem Beispiel der russischen Arbeiterklasse, die ihre Produktionspläne mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbes, als eine der Formen der sozialistischen Arbeit, erfüllen und übererfüllen, müssen auch alle Parteieinheiten Sachsens zur Erfüllung des Thälmann-Aufgebots den sozialistischen Wettbewerb in Anwendung bringen. Alle Betriebszellen des Bezirks müssen deshalb im Monat Dezember zwischen den Betriebszellen des Unterbezirks und den Betriebszellen anderer Unterbezirke sozialistische Wettbewerbsverträge abschließen.

Durchführung der Parteitagsbeschlüsse heißt: Erfüllung des Thälmann-Aufgebots!

SLUB
Wir führen Wissen.

Sechs von achtzehn

Genossen arbeiteten in der Zelle 7 des Stadtteils 2 und vertrieben im Nov. 767 Exemplare der Arbeiterstimme 75 des Volksechos, ferner für 17 Mark Literatur. Sie haben geworben: einen Abonnenten für die Arbeiterstimme, 2 Mitglieder für die Rote Hilfe und einen Betriebsarbeiter als Parteimitglied.

Was hätte geworben werden können?

Wenn alle 18 Genossen sich an der Werbung beteiligt hätten, so mußte das Ergebnis wesentlich besser sein. Es wäre nicht nur dreimal stärker gewesen, sondern wahrscheinlich noch höher. Warum? Weil die 100prozentige Beteiligung erstens einmal schon auf die Mitglieder viel anfeuernder wirkt, den Arbeitseifer erhöht, anderseits aber auch viel mobilisierender auf die sympathisierenden und die andersdenkenden Arbeiter. Wenn 100prozentig angetreten wird, dann kann die Zelle sicher sein, daß es mit Leichtigkeit gelingt, auch andere Arbeiter, d. h. Mitglieder der revolutionären Massenorganisation für die Mitarbeit bei der Werbung zu gewinnen.

Heraus zur Massenwerbung! Erkennt, daß von eurer Arbeit, der Mitarbeit des letzten Genossen der Sieg der revolutionären Sache abhängt. Verstärkt die Werbung für Partei und revolutionäre Presse.

Dresdner Rat erhöht die Mieten

20 prozentige Erhöhung der Miete im Familienobdach Pieschen. Kämpft mit der Kommunistischen Partei gegen Mietwucher, für Herabsetzung der Mieten!

Die Herabsetzung der Unterstützungen und Renten wie auch der Löhne wird von den Unternehmern und den städtischen Verwaltungen fast immer mit den angeblich sinkenden Lebensmittelpreisen begründet. Herr Kirchhof, der SPD-Dezernent des Dresdner Fürsorgeamtes, hat den Zuschuß der Stadt für die Volksküchenessen von 10 auf 9 Pfennig herabgesetzt mit dieser Begründung. Wie die Stadtverwaltung selbst für Preisherabsetzungen sorgt, zeigt die Maßnahme im Familienobdach Pieschen 9. Dort wurde die Miete für den Quadratmeter von 5 auf 6 Mark heraufgesetzt. Das ist eine 20prozentige Erhöhung der Mieten.

Das Familienobdach wird verwaltet von dem SPD-Stadtrat Parteisekretär Gruber. Die Mieterhöhung im Zeichen des verschärften Hungers zeigt das wahre Gesicht des Dresdner Rates.

Gegen diese Mieterhöhung kämpft allein die Kommunistische Partei. Schluß mit Mietwucher. Reiht euch ein in die rote Einheitsfrontaktion zum Kampf gegen Sozialreaktion und Faschismus!

Die Arbeiter-Kaukasus-Expedition berichtet in Freital!

(200 Lichtbilder werden gezeigt) am Mittwoch, dem 7. Dezember, 19.30 Uhr, im Sächsischen Wolf, Freital-Deuben, in Dresden, am Donnerstag, dem 8. Dezember, im Schuberthaus, Cotta, und am Freitag, dem 9. Dezember, bei Wehlte in Mickten. Einlaß 19 Uhr, Beginn 20 Uhr. Eintritt 20 und 40 Pfennig.

Neue Kommunistenhetze der Konsumbürokratie

Der Vorstand des Konsumvereins Vorwärts gegen Mitgliederversammlung. Werbeabende als Ersatz. Mitglieder, verlangt Rechenschaft

Die Empörung der Mitglieder des Konsumvereins Vorwärts gegen die vom Vorstand an die 19. Vertreterversammlung gegebenen Vorschläge, die von dieser zum Beschluß erhoben wurden, ist riesengroß. Wir konnten schon über eine Reihe von Versammlungen berichten, die von der Opposition und von einzelnen Obleuten einberufen worden waren. Sie hatten durchweg einen außerordentlich starken Besuch aufzuweisen. In diesen Versammlungen wurden vielfach fast einstimmig Beschlüsse angenommen, in denen die Aufhebung der Vertreterbeschlüsse verlangt wurde. Das ist dem Vorstand nicht unbekannt geblieben, um so mehr, als unter dem Druck der empörten SPD-Mitglieder auch SPD-Obleute die Einberufung solcher Versammlungen fordern. Anstatt entsprechend den Forderungen der Mitglieder zu verfahren, schickte der Vorstand ein Rundschreiben, das die gehässigsten Angriffe gegen den roten Konsumverein Limbach enthält. Gleichzeitig werden Werbeabende mit Kaffee und Kuchen angezeigt. Auf die erneuten Forderungen der Mitglieder nach Versammlungen antwortete jetzt der Vorstand mit einem Schreiben, das wir im Wortlaut folgen lassen:

„Konsumverein Vorwärts
für Dresden und Umgegend   Sonder-Rundschreiben.
e. G. m. b. H.   Dresden, den 26. November 1932.

An die Obleute und Leitungen der Verteilungsstellen.

Betrifft: Werbeabende und Mitgliederversammlungen.

W. G., obwohl wir mit dem Rundschreiben vom 19. November 1932 darauf hingewiesen haben, daß wir keine besonderen Mitgliederversammlungen abzuhalten gedenken, sondern die gewünschte Aufklärung über die gefaßten Beschlüsse in den Werbeabenden geben wollen, wurden im Laufe dieser Woche aus einer Anzahl von Verteilungsstellen die Obleute vorstellig mit dem Verlangen, eine Mitgliederversammlung abzuhalten.

Der Vorstand hat deshalb nochmals zu der Frage der Abhaltung von Mitgliederversammlungen Stellung genommen und hat erneut beschlossen, daß so, wie wir es im Rundschreiben vom 19. November 1932 bekanntgegeben haben, nach Auffassung des Vorstandes die Frage der Aufklärung unter den Mitgliedern betrieben werden soll. Wir möchten nur noch einmal kurz auf die Gründe eingehen, die den Vorstand veranlassen, diesen Standpunkt einzunehmen:

Wir wissen, daß bestimmte Funktionäre der Kommunistischen Partei darauf warten, daß wir ihnen durch Abhaltung von Mitgliederversammlungen, die sicherlich sehr stark besucht werden würden, die Möglichkeit geben, die Genossenschaftsfragen von ihrem kommunistischen Standpunkt aus behandeln zu können. Auch die „Arbeiterstimme“ vom 25. November 1932 weist am Schluß einer Notiz, womit das Ergebnis der Vertreterwahlen behandelt wird, darauf hin, daß die kommunistischen Mitglieder überall Mitgliederversammlungen fordern sollen, damit die Kommunistische Partei Gelegenheit hat, das in den Mitgliederversammlungen nachholen zu können, was bei den Vertreterwahlen ihrerseits versäumt worden ist. Wir erkennen daraus ganz klar und deutlich, daß die Kommunistische Partei gern unsere Mitgliederversammlungen zum Tummelplatz ihrer politischen Parteiagitation benutzen will. Wir haben genügend Erfahrungen in den Frühjahrsversammlungen gesammelt, von welchen Gesichtspunkten aus sich die Mitglieder der Kommunistischen Partei hierbei leiten lassen. Es geht ihnen nicht darum, die genossenschaftliche Aufklärungsarbeit zu leisten, sondern alles das in der Genossenschaftsbewegung herunterzureißen, was nicht im Sinne der Thesen der Kommunistischen Partei gelegen ist. Der Umstand, daß infolge des Burgfriedens politische Versammlungen jetzt nicht stattfinden dürfen, verstärkt natürlich das Verlangen dieser Partei, sich in unseren Mitgliederversammlungen austoben zu wollen. Wir wissen, daß diese Versammlungen nicht einen aufklärenden, sondern zum größten Teil einen tumultuarischen Verlauf nehmen werden. Aus diesem Grunde hat der Vorstand erneut zum Ausdruck gebracht, daß wir den sonst sehr gut gemeinten Wünschen unserer Vertreter betreffs Mitgliederversammlungen im Beisein eines Vorstandsmitgliedes nicht nachkommen können. Außerdem ist es dem Vorstand auch ganz unmöglich, in wenigen Wochen überall dort Versammlungen abhalten zu können, wo es gewünscht wird. Es würden Monate vergehen, ehe die Versammlungen dann in allen Bezirken abgehalten werden können.

Deshalb bitten wir Sie nochmals, von dem Verlangen nach Mitgliederversammlungen Abstand nehmen zu wollen. Die Mitglieder haben ein Recht darauf, vom Vorstand darüber aufgeklärt zu werden, aus welchen Ursachen heraus die Beschlüsse der Vertreterversammlung gefaßt werden mußten. Das ist mit dem Brief, den nun sämtliche Mitglieder erhalten haben, geschehen.

Mit genossenschaftlichem Gruß   Der Vorstand.“

Aus diesem Rundschreiben und der Begründung, die hier der Vorstand gibt, spricht die Angst vor der kommunistischen Aufklärung und der Abrechnung der Mitglieder.

Die Behauptungen sind selbstverständlich eine erbärmliche Unterstellung. Sie sind aber gleichzeitig — das zeigt insbesondere der Hinweis auf den Burgfrieden — eine stille Mahnung an die Behörden zum Verbot solcher Versammlungen. **Die KPD kennt nur ein Ziel — das haben wir nie verheimlicht —, das ist das: die Genossenschaften wieder zu Organen des Klassenkampfes zu machen. Schluß mit der Krämerpolitik der SPD in den Genossenschaften! Kämpft mit der KPD für die Einbeziehung der Genossenschaften in den Dienst der Befreiung der Arbeiterschaft!**

Gegen das Verbot der „Trommel“

Die Altstädter roten Jungpioniere erheben schärfsten Protest gegen das Verbot der „Trommel“, die Zeitung der Arbeiter- und Bauernkinder, und wollen alles daran setzen, daß das Verbot wieder aufgehoben wird.

Die roten Jungpioniere Dresden-Altstadt.

Die roten Jungpioniere von Lockwitz nehmen mit Empörung Kenntnis von dem ungeheuerlichen Todesurteil gegen den Chemnitzer Arbeiter Bartl und fordern sofortige Freilassung des Genossen. Sie sehen in dem Urteil, welches sich abermals gegen einen revolutionären Arbeiter richtet, den wahren Charakter der Klassenjustiz und werden nicht eher ruhen, bis der Genosse den Klauen der Justiz entrissen wird.

Die roten Jungpioniere von Lockwitz.

Schulferien 1933/34. Durch eine Verordnung hat das Ministerium die Ferien für 1933/34 wie folgt festgelegt: Osterferien vom 1. bis mit 18. April; Pfingstferien vom 3. bis mit 10. Juni; Sommerferien vom 15. Juli bis mit 19. August; Herbstferien vom 7. bis mit 14. Oktober; Weihnachtsferien vom 23. Dezember 1933 bis mit 6. Januar 1934.

Schikane gegen Kleinhändler in der Großmarkthalle

Neue Schikanen, die sich gegen die Kleinhändler in der Großmarkthalle richten, werden uns gemeldet. In der Großmarkthalle befinden sich schon seit Wochen kleine Händler, die sogenanntes Deckreisig verkaufen. Es handelt sich in den meisten Fällen um Familienväter, die für ihre Familie keinerlei Unterstützung erhalten und deshalb nach Dresden in die Großmarkthalle kommen, um ihre Familien durch einen kleinen Handel am Leben zu erhalten. Wenn man nun bedenkt, mit welch geringen Tageseinnahmen diese Leute nach Hause gehen müssen, ist es unverständlich, daß die Markthallenverwaltung gerade gegen diese Deckreisighändler in unerhörtester Weise vorgeht. Jeden Tag wird den Leuten ein Tagesstandgeld von 20 Pfennig abverlangt, aber dabei bleibt es nicht. Gegen 11 Uhr müssen diese Händler ihre Plätze räumen, und dann müssen sie noch einmal für den bereits bezahlten Quadratmeter, den sie zum Aufstellen ihrer Ware benutzen, 40 Pfennig entrichten. Also insgesamt 60 Pfennig Tagesstandgeld. Freitags und Sonnabends müssen sogar 90 Pfennig an die Markthallenverwaltung abgeliefert werden. Dabei erhalten die Kleinhändler Plätze angewiesen, die von anderen Standinhabern schon monatlich im voraus bezahlt wurden. Bei den Schikanen gegen die Kleinhändler tut sich besonders der Markthallenassistent **Vogt** hervor. Wie uns mitgeteilt wurde, soll dieser Mann früher Zuchthausaufseher gewesen sein. Jedenfalls schnauzt er die Leute an, als habe er dumme Jungen vor sich.

Alle Proteste der Kleinhändler wehrt Vogt mit der Bemerkung ab: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können sie ja gehen!“ Jetzt sind die Händler an die Kommunistische Partei herangegangen, um diese unmöglichen Zustände zu beseitigen. Aus den Reihen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion heraus wurde bereits ein Vorstoß gegen die Markthallenverwaltung in dieser Angelegenheit unternommen. Wir fordern jedenfalls, daß diese Zustände schnellstens beseitigt werden. **Denn auch der Kampf dieser Kleinhändler steht in Verbindung mit dem Kampf gegen Hunger und Frost.**

8 Selbstmorde und Unglücksfälle in einer Woche

Der Ausweis des Statistischen Amtes Dresden für die 46. Woche zeigt folgende Ziffern:

In der Woche vom 13. bis 19. November schlossen 44 Paare (38 in der gleichen Woche des Vorjahres) die Ehe. Geboren wurden 92 (120) Kinder. Verstorben sind 138 (124) Personen. Es ergab sich damit ein Sterbeüberschuß von 46 Personen. Unter den Geborenen waren 24 Uneheliche = 26,1 Prozent und 11 Ortsfremde, unter den Verstorbenen 3 Säuglinge und 79 Personen über 60 Jahre. Es starben an Diphtherie 2, Grippe 2, Tuberkulose 9, Krebs 22, Gehirnschlag 19, Herzkrankheiten 18, Lungenentzündung 4, Nierenentzündung 2, Altersschwäche 11, durch Selbstmord und Unglücksfall 8 und an anderen Ursachen 41 Personen.

Die Unterstützungsauszahlungen an die Wohlfahrtserwerbslosen der Kreisstellen Pieschen und Trachau erfolgen ab Montag, den 5. 12. 32, in der Zahlstelle Bürgerstraße 19, I. Fernruf 523..

Zwei Selbstmordversuche.

Gegen 21 Uhr versuchte auf der Rosenstraße ein 21jähriger Fürsorgeempfänger, sich mit einem Glassplitter die Pulsader an der linken Hand aufzuschneiden.

Heute Nacht 0.25 Uhr, sprang ein 17jähriges Hausmädchen in den Carolasee. Von Passanten wurde sie wieder herausgezogen. Grund zur Tat: Furcht vor Rückführung in die Fürsorgeanstalt.

Filmveranstaltungen

Mittwoch, den 7. Dezember, läuft im Bürgergarten, Löbtau um 10.30, 17.30 und 20 Uhr der proletarische Film: „**So ist das Leben**“ mit Orchesterbegleitung. Unkostenbeitrag 19 Pfennig. Außerdem 13.30 Uhr große Kindervorstellung „**Pamir**“, russischer Expeditionsfilm, Orchesterbegleitung. Unkostenbeitrag für Kinder 10 Pfennig.

Donnerstag, den 8. Dezember, finden im Cottaer Kino, Hebbelstraße 10, um 13.30 und 15.45 Uhr zwei proletarische Kinoveranstaltungen statt: „**So ist das Leben.**“ Außerdem Donnerstag, den 8. Dezember, 18.30 und 21 Uhr im Bürgergarten, Löbtau, läuft der russische Expeditionsfilm „**Pamir**“. Unkostenbeitrag 10 Pfennig.

Kulturkartell Dresden-Südwest.

Kämpfen — lesen — lernen!

Zum Monat des proletarischen Buches

Eine Schlammflut von Druckerzeugnissen der Bourgeoisie und der Nazis ergießt sich über den Büchermarkt, bestimmt für die Werktätigen, um sie von der Wirklichkeit abzulenken, Illusionen zu erwecken, einzuschläfern, zu verwirren, zu verblöden, kurz, um sie unfähig zu machen, die Geschehnisse zu begreifen, um sie vom Kampf gegen Ausplünderung und Unterdrückung fernzuhalten.

Eine gewaltige Propaganda durch sonstige öffentliche Beeinflussungsmittel wie Schule, Kirche, Radio und Presse bahnt dieser literarischen Schlammflut den Weg. In allen Kämpfen gegen den Lohnabbau, gegen die Kürzung der Unterstützungen, gegen Mietwucher, Exmissionen und Zwangsversteigerungen usw. stoßen wir bei den Werktätigen immer wieder auf eine Unmasse kleinbürgerlicher Illusionen und Hemmungen, deren Ursprung oft genug auf die Wirkung der kleinbürgerlich-bürgerlich-sozialdemokratischen Literatur zurückzuführen ist.

Millionen Werktätige, die Mehrheit der Arbeiterklasse, unterliegen heute noch mehr oder weniger dem ideologischen Einfluß der Bourgeoisie und ihrer Agenten. Dieser Einfluß behindert nicht nur die siegreiche Durchführung bestimmter Aktionen, er reicht leider oft genug aus, um Aktionen überhaupt von vornherein unmöglich zu machen. Diesen verhängnisvollen Einfluß gilt es zu brechen, zumindest aber erheblich zurückzudrängen. Gewiß bleibt der Kampf selbst der beste Lehrmeister. Sicher wird die Arbeiterschaft eines Betriebes durch eifriges Studium noch so guter Bücher und Broschüren allein nicht zum Streik übergehen.

Wir sagen aber, daß durch eifriges Lesen unserer revolutionären Literatur der Arbeiter sich Kenntnisse und Erkenntnisse verschaffen kann, die es ihm ermöglichen, noch besser, noch überzeugter und standhafter zu kämpfen als zuvor.

Wir sagen ferner, daß unsere revolutionäre Literatur sehr wohl geeignet ist, ideologische Voraussetzungen zu schaffen, um die Auslösung von Aktionen zu erleichtern und ihre Durchführung bis zum Siege zu sichern.

Der diesjährige **Monat des proletarischen Buches** hat deshalb die Aufgabe, unsere revolutionäre Literatur, theoretische Werke, Romane und Erzählungen und die reichhaltige Broschürenliteratur in größtmöglichem Umfange an die Massen heranzubringen und die verdummende bürgerlich-sozialdemokratische Schund- und Schmutz-Literatur zurückzudrängen. In diesem Zusammenhang steht auch die Verlosung „Arbeiterliteratur im Kampf für die Einheitsfrontaktion“, deren Ziel ist, über 200 000 revolutionäre Schriftwerke in die Massen zu tragen.

Je mehr die Bourgeoisie versucht, unser gesprochenes Wort zu verbieten, um so mehr Veranlassung haben wir, unser geschriebenes Wort den Massen zu übermitteln!

Kämpfen — lesen — lernen! Unter dieser Losung steht der Monat des proletarischen Buches, um mitzuhelfen an der Lösung der strategischen Hauptaufgabe: **Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse!**

„Die Frau in der Sowjetunion“

Schmiedeberg. Dr. Hodann kommt. Der weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte Sexualwissenschaftler und Schriftsteller Dr. med. Max Hodann aus Berlin hält am Sonntag, dem 11. Dezember, 15 Uhr, einen Vortrag über „Geschlecht und Liebe“ im hiesigen Gasthof. Er wird die vorbildlichen Rechte der Frau in der Sowjetunion mit streifen. Dieser Vortrag gibt wichtige Aufschlüsse für jedermann. Deshalb versäume niemand diese Gelegenheit, Dr. Hodann sprechen zu hören. Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt. Es wird für den zu erwartenden Massenbesuch für genügend Sitzgelegenheit in dem geheizten Saal gesorgt, doch ist es ratsam, nicht zu spät zu kommen. Ab 14 Uhr musikalische Unterhaltung.

„Fortschritt“

Um Sonntag wurde in den UT-Lichtspielen der Werbefilm „Fortschritt“ vorgeführt. Der Film zeigte in anschaulichen Bildern die Entstehung und Verarbeitung der „Sanella“-Margarine. Zuerst wird die Zweckmäßigkeit moderner Einrichtung gezeigt und die Erleichterungen, die sie dem Menschen bringen. Die guten Leutchen wiegen sich in dem Glauben, daß die Technik jedem Menschen zugute kommt. Aber es ist natürlich Prinzip der herrschenden Klasse, Neuerungen in den Dienst der erhöhten Ausbeutung und des erhöhten Profits zu stellen. Erst die sozialistische Kultur wird die fortgeschrittene Technik zum Allgemeingut eines jeden einzelnen machen. Oder sieht man etwa heute schon moderne Küchengeräte zur Erleichterung der Hausfrau im proletarischen Haushalt? Keineswegs, denn im proletarischen Haushalt reicht das Wirtschaftsgeld ja nicht einmal zum Leben.

Der Weg der Margarinegewinnung von den Tropenfrüchten bis zum fertigen Margarinewürfel wird im Film gezeigt. Allerdings schmackhafter wird die Margarine dadurch auch nicht gemacht. Aber es liegt System darin. Erst zeigt man Kriegsfilme, dann einen Margarinewerbefilm. Vielleicht versucht die deutsche Filmindustrie, uns in nächster Zeit mittels Filmstreifen die Notwendigkeit der Inflation oder der erneuten Ausgabe von Brotkarten begreiflich zu machen.

Zerg.

Weihnachtsausstellung bildender Künstler, Beuthe Straße 1. Die Ausstellung umfaßt Bilder, Graphiken und Kleinplastiken von zirka 80 im Bezirk Dresden lebenden Künstlern. Sie ist zweckmäßig aufgebaut, um den unter der allgemeinen Wirtschaftsnot mit leidenden Künstlern eine Ausstellungs- und Verkaufsmöglichkeit zu bieten. Deshalb trägt sie keinen Auswahl-Charakter, noch ist sie auf bestimmten Kunstrichtungsgruppen fundamentiert. Mit guten Arbeiten sind vertreten Otto Westphal, Kurt Schütze, Artur Geißler, Erich Lindenau, Hans Grundig, Willi Wolff, Bergander, Saupe, Hettner, um einige zu nennen.

Ml.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

RGO

Der Lohnraub in der Holzindustrie

Nazi-Betriebsrat vereinbart Lohnabbau

Nur der Streik unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen kann den Unternehmerangriff zurückschlagen

(Arbeiterkorrespondenz)

Was die Arbeiterschaft vom sagenhaften „Dritten Reich" zu erwarten hätte, ist schon oft beschrieben worden, kann aber auch den SA-Proleten, die heute noch an Hitler glauben, nicht oft genug demonstriert werden. Hier wieder der Fall eines Naziunternehmers, der in vollstem Einverständnis mit seinem Nazibetriebsrat den Arbeitern 4,5 Prozent ihres an und für sich schon geringen Lohnes raubt. Das ist dann die Verwirklichung der Bauernfängerparole der Nazis: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!" Nun die Tatsachen.

In der Fabrik für Billard- und Kegelbahnbau Schröder und Katzke, Besitzer Otto Holzke, Dresden-Laubegast, Iglauer Straße 1, der bei jeder Gelegenheit die Nazifahne heraushängt, wurde am 29. 11. bekanntgegeben, daß der Sächsische Unternehmerverband für das Holzgewerbe beschlossen hat, einen zehnprozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Darob große Empörung bei der Belegschaft. An Stelle des erkrankten Betriebsrats sollte nun der Nazibetriebsrat Rämisch die Interessen der Arbeiter vertreten. Der machte das folgendermaßen: Er erzählte in einer Betriebsversammlung am Dienstag, der Chef „nur" 9 Prozent abbauen wolle. Er, der Betriebsrat hätte selbstverständlich erklärt, daß das „gar nicht in Frage käme". Der Chef bestünde jedoch darauf und die Belegschaft müsse nun dazu Stellung nehmen. Das tat die 38 Mann starke Belegschaft allerdings nicht; kein einziger sprach und die Versammlung ging aus wie das Hornberger Schießen.

Hinterher fanden sich die Frauen zusammen und faßten den Beschluß, lieber die Arbeit hinzuschmeißen als sich auch nur einen Pfennig abziehen zu lassen. Bravo!

Am Mittwoch neue Verhandlungen. In der Mittagszeit wieder Betriebsversammlung. Hier erklärte nun der Betriebsrat, daß der Chef zwei Vorschläge gemacht habe: entweder neunprozentigen Lohnabbau für alle oder aber für die Arbeiter, die schon länger im Betrieb sind, kein Abbau und für die anderen, und das ist die Mehrzahl, eine Lohnkürzung von 18 Prozent. Diesen unverschämten Vorschlag unterbreitet der Betriebsrat den Arbeitern, die empört sind und beides ablehnen. Der Nazibetriebsrat erzählt nun, daß sie

dann alle entlassen würden und daß man doch an Streik gar nicht denken könne,

denn „die Erwerbslosen würden sofort in den Betrieb gehen und arbeiten."

So befindet sich der Nazibetriebsrat in trauter Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen. Sie benutzen dieselben Lügen vom angeblichen Streikbruch der Erwerbslosen. Eine Arbeiterin fiel auch prompt darauf rein und machte den Vorschlag, den „Lohnabbau zu gleichen Teilen zu tragen." Also 4,5 Prozent. Freudestrahlend hakt hier der Naz des Unternehmers sofort ein und findet den Vorschlag „fair"!

Endlich springt ein Jungarbeiter in die Bresche und spricht die Sprache des klassenbewußten Proleten: Keinen Pfennig Lohnraub!

Das ist die Parole, die er der Belegschaft gibt. Wütend versucht der Betriebsrat den Jungarbeiter zu unterbrechen, der spricht jedoch unbeirrbar weiter. Die Belegschaft hört zu. Das ist ihre Sprache. Beifall. Dann wird die Versammlung geschlossen ohne daß ein Beschluß gefaßt wird.

Während der Arbeitszeit ging dann der Betriebsrat von Mann zu Mann und fragte jeden, ob er mit 4,5 Prozent Abbau einverstanden ist.

Scheues, verzweifeltes Nicken der ohnehin hungernden Proleten. „Ja, ja, ja und so fort.

Was soll man machen, nicht wahr? Lehnt man ab — Entlassung. Stempeln gehen. Familie hungert, dazu der Winter . . .

Nur eine Ablehnung, der Jungarbeiter. Und der wird am nächsten Tage (Donnerstag) gemaßregelt. Wegen „Arbeitsmangel" natürlich, obwohl in der Drechslerei Ueberstunden gefahren werden. Nazibetriebsrat, Knecht des Unternehmers, „Vertreter" der Belegschaft, vereinbart Lohnabbau. So wird das gemacht! Wer meutert wird entlassen, im „Dritten Reich" erschossen! Der Naziunternehmer aber feigt und fährt in einer amerikanischen Luxuslimousine auf Kosten der Proleten spazieren.

Proleten von Schröder & Katzke! In Hunderten von Betrieben haben die Arbeiter in letzter Zeit gegen Lohnraub gestreikt! Sie fragten nicht, was sollen wir machen? Sie handelten! Sie streikten! Gegen den Willen der Nazibetriebsräte und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Sie standen alle in einer Front und unter einer Führung: unter Führung der RGO. Und sie siegten! Macht es ihnen nach! Organisiert euch in der RGO, die allein eure Interessen vertritt, die nicht kuhhandelt, sondern handelt!

Alle Holzarbeiter müssen in den Betrieben zum Kampf rüsten und jeden Versuch, auch nur einen Pfennig Lohn abzubauen, mit dem Streik beantworten.

Streikabbruch bei Badofen, Döbeln

In Döbeln trat in der vergangenen Woche die über 100 Mann starke Belegschaft der Schuhfabrik Badofen in den Streik gegen einen von der Firma diktierten Lohnabbau in Höhe von 12½ Prozent. Außerdem forderte die Belegschaft die Zahlung des vollständigen Tariflohnes, der bisher dort noch nicht gezahlt wurde. Es gibt in diesem Betrieb jugendliche Arbeiter, die mit einem Wochenlohn von 5 bis 10 Mark heimgehen mußten.

Am Dienstag, dem 29. November, kam es zu Vergleichsverhandlungen unter Führung der Gewerkschaftsbürokratie, bei gleichzeitiger Mitwirkung des Döbelner ersten Bürgermeisters Kunzemann, Mitglied der SPD.

Unter dem Druck des Streiks und des ungebrochenen Kampfwillens der Belegschaft mußte der 12½prozentige Lohnraub zurückgenommen und eine 14tägige Nachzahlung zugestanden werden. Die Zahlung des völligen Tariflohnes konnte noch nicht erreicht werden, weil die Bürokratie durch ihren Verrat den völligen Sieg der Belegschaft zunichte machte. Mit der Drohung der Betriebsstillegung bei einem Fortgang des Streiks erreichte [illegible] mit diesem Teilerfolg zufrieden gab.

Charakteristisch war wieder das Verhalten der NSBO, die anfänglich am Streik beteiligt, auf spätere Anweisung ihrer Reichsleitung ihre Streikposten zurückzog. Die Nazis zeigten sich auch hier wieder als die wirklichen Handlanger der lohnräuberischen Unternehmer.

Nur die RGO und die von ihr mobilisierten Massenstreikposten standen von Anfang bis zum Streikabbruch auf seiten der kämpfenden Schuharbeiter.

Die Belegschaft von Badofen darf sich aber mit dem Anfangserfolg nicht zufrieden geben. Sie muß erkennen, daß es lediglich die Niederlagenpolitik der Gewerkschaftsbürokratie war, die sie daran hinderte, bereits in diesem Kampf die Zahlung der vollen Tariflöhne zu erreichen. Die Belegschaft muß sofort erneut den Kampf organisieren, und zwar so, daß es der Gewerkschaftsbürokratie und der streikbrecherischen NSBO unmöglich ist, den Kampf abzuwürgen.

Hinein in die RGO und mit ihr den Kampf vorbereitet um die volle Auszahlung der Tariflöhne!

ADGB-Führer für Streikverbot

Verbandsjubilar erklärt: „Von euch sozialfaschistischen Bonzen will ich keine Anerkennung!" Verstärkt die innergewerkschaftliche Arbeit!

(Arbeiterkorrespondenz)

In der letzten Mitgliederversammlung des Malerverbandes in Dresden sprach der Vorsitzende Schulze über „Vergangenheit und Zukunft der Arbeiterbewegung". Er verglich die heutige Zeit mit dem 30jährigen Krieg und sagte erst wenn wir noch 10 Jahre hinter uns haben, können wir feststellen, ob es vorwärts oder rückwärts gegangen ist.

Beim Aufrufen der Kollegen, die 25 Jahre und länger dem Verbande angehören, um ihnen ein Ehrendiplom auszuhändigen, erhielt Schulze von einem Kollegen zur Antwort: „Ich verzichte". Das war ein eindrucksvoller Protest gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik und die Arbeitsdienste der Bonzen für das Unternehmertum.

Weiß vom ADGB sprach zum Arbeitsdienst. Er führte unter anderem folgendes aus: „An der Gesamtproduktion gemessen ist der freiwillige Arbeitsdienst von verschwindender Bedeutung. Aber politisch gesehen, ein wichtiges Problem.

Bei unserer Beteiligung daran handelt es sich nicht um Arbeitsbeschaffung oder einen Weg aus der Krise, sondern

um den Jugendlichen eine sinnvolle (!) Beschäftigung zu geben.

Einen arbeitsrechtlichen Schutz gibt es nicht, auch keinen Arbeitgeber, deshalb auch keinen Streik. Wehrsport wird vom Reichsbanner nicht im Arbeitsdienstlager gepflegt. Mit unserer Beteiligung sind wir viel zu spät gekommen.

Daß der freiwillige Arbeitsdienst die Vorarbeit zur Arbeitsdienstpflicht ist glaube ich nicht. Eine Arbeitsdienstpflicht ist einfach unmöglich, weil man nicht hinter jeden einen Aufseher stellen kann. An der weiteren Entwicklung sind wir nicht schuldig, sondern der Unverstand der Massen, welcher die reaktionären Kräfte gefördert.

„Der größte Feind den wir hassen, das ist der Unverstand der Massen!"

mit diesem poetischen Erguß beendete Weiß sein Referat.

Erst hält der Bürokrat eine Propagandarede für den Arbeitsdienst und tritt für die Beseitigung jedes arbeitsrechtlichen Schutzes und für ein Streikverbot ein und dann versucht er die Schuld dem „Unverstand der Massen" zuzuschieben. Die Verschärfung des faschistischen Kurses geht ihm noch nicht schnell genug.

Stiefelappell, Wacheschieben, Sport- und Instruktionsstunden und die Möglichkeit einer Aufnahmeprüfung für die Reichswehr und die Polizei ist seiner Meinung nach keine militärische Erziehung. Die Behauptung, eine Arbeitsdienstpflicht sei praktisch unmöglich, stellt nur einen Versuch dar, die wahre Bedeutung der Mitarbeit der SPD- und Gewerkschaftsführer zu verschleiern. Die Pflichtarbeiter in den Gemeinden wissen besser, was alles mit Hilfe der SPD möglich ist.

Alle Gewerkschaftsmitglieder müssen gegen diesen Kurs der Gewerkschaftspolitik den schärfsten Kampf aufnehmen. Die bevorstehenden Bezirksführer-, Vertreter- und Ortsverwaltungswahlen geben eine gute Gelegenheit die ideologische Offensive an der innergewerkschaftlichen Front zu steigern. Alle wählbaren Funktionen müssen mit oppositionellen Kollegen besetzt werden.

Polizeischutz für DTV-Propaganda

Flugblattverteilung mit Hindernissen. Gardine-Belegschaft fällt auf Lügen der Bürokraten nicht hinein

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Verband der sächsischen Textilindustriellen hat bekanntlich die Unternehmer angewiesen, gegen jeden kommunistischen Flugblattverteiler sofort die Polizei zu alarmieren. In der Gardine in Döbritz ist ein Pförtner neu eingestellt worden, der als strammer SPD-Mann und wütender Kommunistenfresser es als seine besondere Aufgabe betrachtet, diese Unternehmeranweisungen pflichteifrig durchzuführen. Dabei hat er aber in der vergangenen Woche Pech gehabt. Das kam so:

Der Pförtner hatte erfahren, daß die Kommunisten am vergangenen Freitag an die Belegschaft ein Flugblatt zur Verteilung bringen wollten.

Er unterrichtete davon die Polizei.

Doch die bösen Kommunisten waren früher aufgestanden und hatten ihr Flugblatt schon am Donnerstag an den Mann gebracht. Am Freitag waren aber auch Flugblattverteiler da. Doch die kamen im Auftrag der Bonzen vom Textilarbeiterverband, um einen Wisch zu verteilen, der sich selbstverständlich nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die RGO und KPD richtete. Die Polizei konnte das selbstverständlich nicht wissen und nahm die Flugblattverteiler des DTV auftragsgemäß fest, in dem Glauben, die Kommunisten endlich erwischt zu haben.

So war ja die Anweisung des Unternehmerverbandes nun nicht gemeint. Im Gegenteil, nur den Kommunisten sollte es unmöglich gemacht werden, Flugblätter zu verteilen und Betriebszeitungen zu verkaufen, weil ja nur sie die Arbeiter zum Kampf gegen den Lohnraub mobilisieren. Daß der DTV seine Schriften gegen die RGO an die Arbeiter verteilen kann, liegt im Interesse der Unternehmer, weil damit die Kampfkraft der Belegschaften gelähmt werden soll und das ist ja die Aufgabe, die von der SPD als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie gestellt ist.

Das hat auf den entsprechenden Hinweis der Verbandsleitung die Polizei auch sofort eingesehen. Am Montag erschienen die Flugblattverteiler des DTV wieder. Diesmal hatten sie sich vorgesehen und, um jeden Irrtum auszuschalten, die Polizei gleich mitgebracht. **So wurden die von den Mitteln aus den Mitgliedsbeiträgen der Gewerkschaftsmitglieder hergestellten Flugblätter unter dem Schutze der Polizei vor der Gardine verteilt. Schon das kennzeichnet den Inhalt des Flugblatts zur Genüge.**

Gegen die RGO werden die dümmsten, schon hundertmal widerlegten Lügen erneut aufgetischt, um damit den offenen Streikbruch der Gewerkschaftsbürokratie beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik, bei Tittel & Krüger in Leipzig und in Naugersdorf zu entschuldigen.

Ueber die Vorgänge in der Gardine, die von der Belegschaft selbst kontrolliert werden können, wagt man es natürlich nicht, so frech zu lügen. Sie müssen zugeben, daß in der „Bleiche", wo die Belegschaft dem Ruf der RGO gefolgt ist und gestreikt hat, keine Maßregelungen und kein Lohnabbau erfolgte. In der „Spitze" aber, wo die Arbeiter sich auf die Verhandlungen des Verbandes vertrösten ließen, drei bis fünf Prozent Lohnabbau vereinbart wurden. Anschließend heißt es dann wörtlich:

„Wir warnten! Lehnt nicht ab, die Firma hat uns über die Kalkulationsgrundlagen Aufschluß gegeben. Sie glaubt, keine neuen Aufträge zu erhalten. Entlassungen und Kurzarbeit müßten die Folge sein."

Als die Arbeiter daraufhin dem Ratschlag der Bonzen folgten und dem Lohnabbau zustimmten, hat die Betriebsleitung trotzdem Entlassungen und Kurzarbeit durchgeführt. Diese Tatsache, die beweist, mit welchen betrügerischen Manövern die Bonzen gearbeitet haben, wird mit der Behauptung abzuschwächen versucht, die RGO habe dem Unternehmer „einen Anlaß" zu diesen Maßnahmen gegeben.

So betätigen sich die Gewerkschaftsführer als getreue Unternehmerlakaien, als Verteidiger der brutalen Maßnahmen der Textilindustriellen. Ein solches unter Polizeischutz verteiltes Flugblatt hat natürlich gerade die entgegengesetzte Wirkung, als die Bonzen beabsichtigten. Es trägt dazu bei, den Arbeitern die Augen über die wirkliche Rolle der Gewerkschaftsführer zu öffnen und das Vertrauen der Belegschaft zur RGO zu stärken!

10 Millionen Tonnen Kohle auf den Halden

Unterm 25. November 1932 teilt der Zechenverband folgende Bestände der Halden im Ruhrgebiet vom 19. November 1932 mit:

3 362 000 Tonnen Kohle, 5 903 00 Tonnen Koks, 34 000 Tonnen Preßkohle, insgesamt 10 300 000 Tonnen Kohlen auf den Halden im Ruhrgebiet.

Zu gewaltigen Bergen sind die mehr als 10 Millionen Tonnen auf allen Zechen gestapelt. Angeblich fehlt der — Absatz.

Zur selben Zeit hocken die Erwerbslosen und die armen Rentner in ihren Elendsstuben, während draußen die kalte Nässe des Dezemberwetters herrscht, und müssen frieren . . .

Wir Kommunisten fordern die Herausgabe der Kohlenhalden für die Erwerbslosen so wie wir die Oeffnung der Kartoffelmieten und der überfüllten Getreidespeicher für die hungernden Massen zu unserer Kampfforderung erhoben! Die Tagung des Reichserwerbslosenausschusses hat gefordert:

10 Zentner Kohlen oder entsprechende Gutscheine als Zuschlagsunterstützung für jeden Haushalt von Unterstützungsempfängern!

Millionenfach muß der Kampfruf erklingen: Rettung vor Hunger und Frost! Die Delegationen der Erwerbslosen und aller Hungernden müssen an die Türen aller Behörden pochen und von ihnen fordern:

Her mit Kohlen für die frierenden Erwerbslosen!

SLUB
Wir führen Wissen.

RUND UM DEN ERDBALL

Sie trinken Sekt aus — „Wohltätigkeit“

Kapitalistenjubel auf vier Bällen und fünf nächtlichen Festen zur „Linderung der Not“

So tafeln sie: v. Neurath (rechts), Sahm (links) beim Sekt

„Prosit, ein hoch auf die Wohltätigkeit!“ In den blendenden Räumen der feudalen Berliner Klubs und Hotels floß teurer Wein die ganze Nacht in Strömen. Die Reichen Berlins, denen Gott sei Dank ihre klingenden Gläser so reichlich gefüllt werden, haben, beschwingt voll zärtlicher Nächstenliebe, sich bis zum Morgengrauen in einem Wettstreit der Wohltätigkeit hingeopfert. „P-p-pro-sit!“ Bei überfülltem Magen ist es nicht leicht, für 100 000 Mark Luxusspeisen und Getränke zu Wohltätigkeitszwecken zu verzehren. Aber was tut nicht alles solch ein befrackter Industrieller und solch eine Dame in Damast, Parfümwolken und Diamanten zur Linderung der seelischen und materiellen Not? Manche davon sollen bei den vier Wohltätigkeitsbällen und den fünf Wohltätigkeits-Nachtveranstaltungen zum Wohl der Erwerbslosen sich im Essen und Trinken so abgemüht haben, daß sie sich direkt übergeben mußten — aus Wohltätigkeit.

Aus Zeitungsmeldungen entnehmen wir Berichte über diese „Erste Festnacht der Wohltätigkeit“:

„Kaum je zuvor gab es in all den vielen Räumen des Esplanade soviele Gäste (man schätzte sie auf eineinhalb Tausend). ... Sogar auf dem Tanzparkett des großen Saales, wo der temperamentvoll musizierenden, oft ulkig dazu singenden Boys von Jack Hilton für ständige Bewegung sorgten ... Eben noch war der französische Botschafter beim Auslandspresseball, nun saß er mit seiner Gattin, die ein schwarzes Samtkleid mit Straßstickerei und ihren berühmten Brillantschmuck angelegt hatte, im Esplanade bei Rot-Weiß. Mit ihnen Lady Rumbold in Altblau und ihre Tochter in mattem Rosa, der neue italienische Botschafter und Frau Cerutti, die weiße Seide und Smaragden trug, Prinzessin Eminech — die Gattin des türkischen Botschafters — in schwarzer Seide, ebenso die Gattin des griechischen Gesandten. Gräfin Kerchove war in gelblichem Damast erschienen, Frau Stresemann zwischen dem portugiesischen Gesandten und ihrem Sohn, zum erstenmal wieder in ihrer Lieblingsfarbe rosa.“

Im Zoo tanzten beinahe 6000 aus Wohltätigkeit auf dem Ball der Nationen. Eintritt 7 Mark. Sämtliche Säle im Flaggenschmuck sämtlicher Länder. Gäste: Sämtliche Generalkonsuls und Konsuln, die Direktoren der Hapag und des Norddeutschen Lloyd, sämtliche Magnifizenzen der Hochschulen, Gouverneur a. D. Schnee, Botschafter und Gesandte.

„Ein höchst gelungenes Fest war der Ball der ausländischen Presse im Adlon, zu dem das diplomatische Corps, die Regierungsvertreter und das offizielle Berlin zahlreich erschienen waren.“

Im Racket-Club in Dahlem war ebenfalls Wohltätigkeitsfeier, auch im Wintergarten war was los, eine sogenannte „Wohltätigkeits-Gala-Nacht“, ebenso bei Kroll. Wie gesagt, man tanzte, aß und trank auf vier Bällen und fünf Nachtveranstaltungen.

Das war die erste Nacht des Wettstreites. Ueber weitere Bemühungen dieser Art weiß eine Berliner Zeitung zu berichten:

„Der Verein Berliner Presse bereitet für seine Wohltätigkeitsveranstaltung, die in jedem Karneval unter dem Namen Presseball vor sich geht, wieder einen Almanach vor. Er soll diesmal ein fingierter Liebesbriefsteller sein. Leute, die sich mit der Feder ausdrücken können, sollen als Beitrag einen Liebesbrief stiften. Man will feine, delikate, wohlstilisierte Empfindsamkeiten haben ...“

So fressen und saufen sie — fein, delikat und wohlstilisiert im Ueberfluß.

Und ihr hungert. Ihr friert. Ihr werdet exmittiert. Während ihr auf den Stempelstellen Schlange steht, tanzen sie. Eure Kinder bekommen keine Milch, aber sie schlucken Wein und Sekt, schamlos, aufreizend, provokatorisch.

Genug! Hat nicht der Reichsausschuß der Erwerbslosen recht, wenn er euch Hungernden zuruft: Kämpft gegen Hunger und Frost!? Ein riesengroßer Ueberfluß ist vorhanden. Kämpft, Kämpft für Kohlen, Kartoffeln, Brot und Kleidung. Gefüllt sind die Halden, die Mieten, die Speicher, und die Reichen saufen und fressen!

Bracht, Melcher, Sahm amüsieren sich

Auf dem „Wohltätigkeitsball“ in dem Berliner Millionärshotel Adlon hatten sich auch Bracht und der bekannte Berliner Oberbürgermeister Sahm zu einem Glase Wein eingefunden.

Zusammen mit dem Berliner Polizeipräsidenten Melcher stellte sich Sahm ebenfalls der lustigen „Wohltätigkeitsfeier“ in dem überaus exklusiven Hotel Esplanade zur Verfügung.

„Billige Holzhäuser“

Wie die Not der Erwerbslosen ausgenützt wird

Düsseldorf, 5. Dezember. In gerissener Weise machte sich der wiederholt vorbestrafte 47jährige Schreiner Franz Klaholt aus Duisburg die Sehnsucht kleiner Leute nach einem billigen Heim zunutze. In Inseraten empfahl er „Holzhäuser gegen kleine Anzahlung und bequeme Ratenzahlungen“. Natürlich meldeten sich Interessenten in Massen. Und alle erhielten auf feudalen Briefbogen mit wichtigklingendem Firmenkopf, der ein Großunternehmen vortäuschte, während Klaholt in einer Mansarde hauste, die Nachricht, daß ein Vertreter der Firma bei ihnen vorsprechen werde. Nach einem oder zwei Tagen erschien dann auch Klaholt bei den Interessenten, in der Mehrzahl waren es Erwerbslose, Rentenempfänger, Invaliden usw. Seine Frau kam mit. Wahrscheinlich versprach sich der Gauner davon einen Nimbus der Ehrlichkeit. Und dann wurden die armen Leutchen, die ihr Eigenheim für 700 oder 1000 Mark schon in Gedanken schlüsselfertig vor sich sahen, nach allen Regeln der Kunst „eingewickelt“.

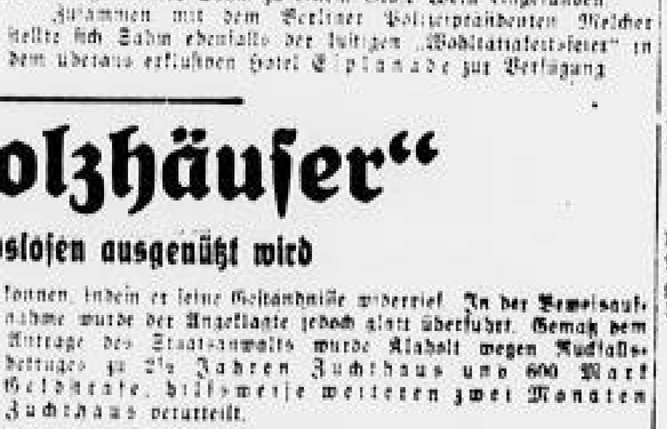
Man versprach ihnen, ihr Holzhäuschen innerhalb vierzehn Tagen bis drei Wochen bezugsfertig hinzustellen, schloß einen wunderhübsch formulierten Vertrag mit den Baulustigen und kam dann zum Schluß zur Hauptsache: „Eine Anzahlung muß aber sofort geleistet werden!“ In dieser Hinsicht war Klaholt großzügig, er richtete sich genau danach, was der einzelne an Bargeld auftreiben konnte, nahm als Anzahlung von 40 Mark bis herunter zu einem Taler — in einem Falle war er sogar mit 2,50 Mark zufrieden! Konnte er auch, war ja alles Reinverdienst!

Denn gebaut wurde natürlich kein einziges der Häuschen. War eines der Opfer mißtrauisch oder wollte ein anderer der Betrogenen nach einigen Wochen mal sein Haus im Bau sehen, so holte Klaholt die Betreffenden zu einer „Besichtigungsfahrt“ ab. Er zeigte den Leuten dann irgend ein Holzhaus und fuhr mit ihnen weiter auf ein städtisches Grundstück, das er als das seinige ausgab. In einem Falle hatte er sogar Kies anfahren lassen, um die Leute zu täuschen.

Auf die Anzeige einiger Opfer, denen die Geduld ausgegangen war, wurde Klaholt in Haft genommen. Auch seine Frau war vorübergehend in Haft, wurde dann aber freigelassen.

Viermal legte Klaholt in der Voruntersuchung ein Geständnis ab, schilderte alle Einzelheiten seiner dreisten Schwindeleien.

Als er wegen fortgesetzten Rückfallbetruges jetzt der Großen Strafkammer vorgeführt wurde, glaubte er seine Haut retten zu können, indem er seine Geständnisse widerrief. In der Beweisaufnahme wurde der Angeklagte jedoch glatt überführt. Gemäß dem Antrage des Staatsanwalts wurde Klaholt wegen Rückfallsbetruges zu 2½ Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, hilfsweise weiteren zwei Monaten Zuchthaus verurteilt.



Tönende Ornamente

Der Berliner Forscher Fischinger ist der Schöpfer einer neuen Art Musik: er zeichnet Ornamente, die dann in elektrische Schwingungen umgesetzt und als Musik aus einem Lautsprecher wiedergegeben werden. Unsere Aufnahme zeigt Fischinger beim „Komponieren“ einer neuen Melodie.

Aus aller Welt

Lebende Fackeln

In einem Hause der Wiener Vorstadt ereignete sich kürzlich ein furchtbares Unglück, das überall das größte Entsetzen erregte. Aus einer Wohnung, in der eine alte Frau mit ihrer Tochter wohnte, hörte man gellende Hilferufe. Als die Nachbarn in die Wohnung eindrangen, liefen ihnen die zwei Frauen entgegen, die beide lichterloh in Flammen standen. Man rief eiligst einen Rettungswagen herbei und der Arzt stellte fest, daß beide Frauen sehr schwere Brandwunden erlitten hatten, besonders aber die Tochter. Zuerst vermutete man, daß es sich um ein Unglück handle, indem nämlich die Frauen bei offenem Feuer mit Benzin unvorsichtig umgegangen wären. Nach den Ermittlungen der Polizei aber stellte sich heraus, daß es sich um eine furchtbare Tragödie handelte. Die alte Frau war schwer nervenleidend und hatte den Entschluß gefaßt, ihrem Leben und dem ihrer Tochter ein Ende zu machen. Sie übergoß sich und ihre Tochter vom Kopf bis zu den Füßen mit Benzin und zündete dann die Flüssigkeit mit voller Absicht an. Den ärztlichen Untersuchungen zufolge wird die Mutter nicht mit dem Leben davonkommen, es besteht jedoch Aussicht, daß die Tochter „gerettet“ wird.

★

Unterernährte Arbeiterkinder sind den Infektionskrankheiten ausgeliefert

Klagenfurt, 5. Dezember. Da sich in den letzten Tagen die zuerst vereinzelt aufgetauchten Diphtheriefälle unter den Schulkindern in Völkermarkt stark mehren, mußten nunmehr nach anfänglicher Schließung von Einzelklassen sowohl die Knaben- als auch die Mädchenvolksschule geschlossen werden. Insgesamt sind 30 Fälle zu verzeichnen, doch soll die Epidemie bereits im Abflauen begriffen sein.

★

Großer Hotelbrand in Fulpmes im Stubaital

In Fulpmes im Stubaital wütete gestern Nacht ein Brand, dem sämtliche Wirtschaftsgebäude des Großgasthofes Lutz zum Opfer fielen und auch der Gasthof wurde arg beschädigt. Bei dem Föhnsturm und der engen Bauweise bestand für die Ortschaft größte Gefahr, doch konnte die Weiterverbreitung des Feuers durch die Bemühungen der auf dem Brandplatz erschienenen 18 Feuerwehren verhindert werden.

★

In zwei Essener Konsumfilialen drangen fast zu gleicher Zeit maskierte Männer ein, die mit Schußwaffen die Anwesenden in Schach hielten und die Ladenkasse mitnahmen. In beiden Fällen entkamen die Täter unerkannt.

★

In einem Vorort von Paris stieß ein Privatauto, in dem acht Personen saßen, mit einem Mietwagen zusammen. Beide Wagen gingen in Trümmer. Zehn Personen wurden verletzt.

★

In der Nähe von Detroit ist ein Verkehrsflugzeug plötzlich abgestürzt und in den Erie-See gefallen. Die vier Insassen, zwei Männer und zwei Frauen, ertranken.

★

Ein zwanzigjähriger Besitzerssohn aus Elsenau (Mark) schoß mit einem 9-Millimeter-Tesching nach Spatzen und wollte dann einem achtjährigen Jungen eine Flasche aus der Hand schießen. Der Schuß ging fehl, traf den Knaben in den Kopf und tötete ihn.

★

In der Gemeinde Thurn im Bezirk Lienz (Oesterreich) wurde die achtzehnjährige Tochter eines Stellenbesitzers, Antonia Brunner, im Futterstall erwürgt aufgefunden. Die heruntergerissenen Kleider und Verletzungen am Unterleib lassen auf ein Sittlichkeitsverbrechen schließen.

Hilfeschreie einer Vergifteten

Tod auf dem Balkon

Berlin, 5. Dezember. In Karlshorst wurden heute vormittag die Vorübergehenden durch die Hilfeschreie einer alten Frau vom Balkon ihrer Wohnung im Hause Dönhoffstraße 1 alarmiert. Die benachrichtigte Feuerwehr kletterte vom Balkon der Nachbarwohnung hinüber und fand die Greisin bereits leblos auf.

Die Tote hatte Schaum vorm Mund. Der herbeigerufene Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen.

Das Mordgeheimnis auf Schloß Waltershausen

Nürnberg, 5. Dezember. Wie der Sonderberichterstatter des „Nürnberger 8-Uhr-Blattes“ meldet, wurde die Leiche des Majors Wärther, der in Schloß Waltershausen erschossen worden war, seziert und zur Beerdigung freigegeben.

Bei der Sezierung der Leiche des Hauptmanns und der Entfernung der Kugel aus dem Körper seiner Frau, die bekanntlich ebenfalls verletzt worden war, wurde die aufsehenerregende Feststellung gemacht, daß die Kugeln aus verschiedenen Revolvern stammen, aber nicht aus dem Revolver des von der verletzten Frau als Täter beschuldigten Gärtners Karl Liebig.

Die Anklage dürfte vermutlich gegen ihn zusammenfallen und sich gegen das Ehepaar Wärther selbst richten. Die Aussagen der Baronin und die der Zeugen gehen in verschiedenen Punkten auseinander. Auch hat sie sich verschiedentlich in Widersprüche verwickelt. Es ist also doch anzunehmen, daß es sich um eine Ehetragödie handelt.

Verantwortlich: [illegible] Hendrich, Berlin